



RADIKAL BRECHEN

Nr. 7

Jan 91

Zeitung für die antiimperialistische und autonome Bewegung



Palästina - ein Prüfstein:



Ohne Beseitigung der falschen Vorstellungen innerhalb der westdeutschen Unterstützungsbewegung ist wirkliche Solidarität mit den gerechten Kämpfen der unterdrückten Völker unmöglich!



Den "antiimperialistischen" Antisemitismus bekämpfen!

Vorbemerkung:

Die Nr. 7 ist sicherlich die brisanteste RB-Nummer. Sie ist es deshalb, weil sie die Existenzberechtigung Israels verteidigt und in Teilen der Antiimp- und Autonomen- Scene antisemitische Tendenzen nachweist. Wir kennen die Scene gut genug, so daß wir wissen, was auf uns zukommt: Da der "Bullenvorwurf" gegen RB inzwischen wohl aufgegeben wurde, weil er zu offensichtlich, zu blöde konstruiert war, da es inzwischen wohl auch dem Letzten klargeworden ist, daß wir kein Ableger von "Knipselkrant" sind, wird nach dem Erscheinen der Nr.7 eine neue Variante Hochkonjunktur haben: "Das sind Zionisten!" "Zionisten" sind für die Antiimps und Autonomen aber nichts anderes als Rassisten und Faschisten.

Daß so oder so ähnlich "argumentiert" wird, ist kein Hirngespinnst von uns, sondern entspricht der Realität der Antiimp- und Autonomen Scene. Denn vertritt man solche Thesen wie in RB Nr. 7 in Diskussionen, erntet man zuerst einen ungläubigen Blick, der sagen soll "**Das** meinst du doch nicht im Ernst?". Beharrt man aber auf seinen Positionen, so daß klar wird, es ist kein Witz, man will damit niemand ärgern, sondern es ist eine politische Einschätzung, die man auch anderen gegenüber so vertritt, dann wird man ganz schnell, praktisch von einer Minute zur anderen, zum "zionistischen Agenten" etc.

Solche oder so ähnliche "Argumente" werden uns jedoch nur darin bestätigen, daß die Einschätzungen in unserer Nummer getroffen haben. Denn wie es so schön heißt: Getroffene Hunde bellen!

Wir haben in den neuen Nummern keine Stellungnahme zum Golfkrieg abgegeben. Eine wirklich ausführliche richtige Stellungnahme übersteigt die Möglichkeiten dieser Nummer. Hätten wir eine solche Stellungnahme versucht, wäre die Nummer nochmal einige Wochen auf Eis gelegen.

Zwei grundlegend wichtige Einschätzungen wollen wir jedoch nennen: Erstens sind alle am Krieg beteiligten Staaten entweder selbst imperialistisch oder vom Imperialismus abhängige reaktionäre Staaten. Zweitens ist es ein Kriegsziel aller beteiligter Seiten, die revolutionären Bewegungen in der Region zu vernichten, vor allem die kurdische und die palästinensische.

Gerade die Palästinafrage ist für die heutige Antikriegsbewegung ein entscheidendes Problem.

Deswegen halten wir die Herausgabe dieser Nummer für um so wichtiger.



Ohne Beseitigung der falschen Vorstellungen innerhalb der westdeutschen Unterstützungsbewegung ist wirkliche Solidarität mit den gerechten Kämpfen der unterdrückten Völker unmöglich!

Die INTIFADA, der Aufstand des palästinensischen Volkes gegen das reaktionäre israelische Regime, lebt nach wie vor!

Auch durch brutalsten Terror der israelischen Besatzerarmee über Jahre hinweg, durch immense Waffenlieferungen der Imperialisten an Israel, an vorderster Front auch durch den westdeutschen Imperialismus, konnte die INTIFADA nicht vernichtet werden. Ja sie breitete sich immer mehr aus, wurde massenhafter und militanter..

Demonstrationen, militante Angriffe kleiner Gruppen auf die reaktionäre israelische Armee, ja politische Generalstreiks in den von Israel besetzten Gebieten, sowie Hungerstreiks und militante Kämpfe in den Gefangenenlagern und Kerkern Israels sind die Kampfformen der INTIFADA!

Diesen gerechten Kampf des palästinensischen Volkes müssen wir nach Kräften unterstützen. Dabei ist es eine wesentliche Aufgabe einer wirklich antiimperialistischen Unterstützung der INTIFADA, die Probleme der Unterstützerbewegung zu debattieren sowie die falschen Ansichten über wesentliche Fragen der Solidarität mit der INTIFADA bei uns selber und bei anderen, zu kritisieren, mit dem Ziel sie zu beseitigen. Folgende Probleme halten wir für die schwerwiegendsten:

1. Ist Israel keine Klassengesellschaft?

Früher dachten wir, daß Israel ein "Siedlerstaat" sei, was für uns bedeutete, daß die dort lebenden Juden, egal ob Werktätige oder Kapitalisten, objektiv die Feinde der Revolution waren und auch immer bleiben werden.

Die Gründe für eine solche "Theorie" waren unterschiedlich. Auf der einen Seite dachten wir dies, weil ja alle in Israel lebenden Juden an der Unterdrückung der Palästinenser in irgendeiner Art und Weise beteiligt sind oder davon profitieren, eine andere Begründung lieferte uns die Annahme, daß Zionismus gleich Faschismus sei (zur Haltlosigkeit dieser Position siehe S. 31f).⁽¹⁾ Da wir davon ausgingen, alle in Israel lebenden Juden seien Zionisten, folgerten wir auch daraus, in Israel gäbe es keine objektive Basis für eine Revolution.

Auch heute sind solche Positionen nach wie vor in der westdeutschen Solidaritätsbewegung, bei Autonomen und Antiimps vorherrschend z.B. verbreiten verschiedene Palästina Komitees Westdeutschlands und Österreichs die "Plattform der Städtekoordination Palästina und antiimperialistische Solidarität" (im folgenden kurz "Plattform" genannt) in der im Punkt 4. und 5. haargenau diese "Theorie" verbraten wird.

In Wirklichkeit aber sind diese "Argumente" antisemitisch und dahinter steckt die These "Juden sind und bleiben reaktionär".

Wir hören schon den Aufschrei durch die Scene: "Wir antisemitisch? Ihr seid Verteidiger des Zionismus, wenn ihr so was behauptet!"

Die Fakten sprechen aber klar für uns:

Erstens ist es Blödsinn, daß es in Israel keine Klassengegensätze innerhalb der jüdischen Bevölkerung, keine Teilung in Ausbeuter und Ausgebeutete geben soll, weil es ein "Siedlerstaat" ist. Israel ist eine bürgerliche Klassengesellschaft, in der es Kapitalisten auf der einen Seite und Proletarier und Werktätige auf der anderen Seite gibt. Ein Blick auf die ökonomische Struktur Israels genügt, um dies festzustellen.

Auch die USA sind eindeutig ein Siedlerstaat, aber daraus haben Antiimps oder Autonome bisher noch nicht den Schluß gezogen, daß dies keine Klassengesellschaft sei und daß die weißen US-

⁽¹⁾ Die Parole "Zionismus gleich Faschismus" bedeutet eine Verharmlosung vor allem auch des Nazifaschismus.

Ist es nicht klar, daß es in der historischen Dimension riesige Unterschiede im Ausmaß, den Methoden zwischen dem systematischen Völkermord an 6 Millionen Juden und 500.000 Sinti und Roma in den KZ's der Nazis und der brutalen Unterdrückung des palästinensischen Volkes durch das reaktionäre israelische Regime gibt?

Wer dies nicht anerkennt, hilft in Wirklichkeit den Nazis selbst, die ja schon immer versuchten ihr System reinzuwaschen und als gar nicht so schlimm hinzustellen, um salonfähig zu werden, genauso wie den westdeutschen Imperialisten, die ja auch die Verharmlosung der Naziverbrechen z.B. für die Rehabilitierung der faschistischen Wehrmacht oder der Waffen-SS benutzen, wie 1985 in Bitburg.

Amerikaner/innen objektiv Feinde der Revolution wären. Es ist entlarvend, wenn eine solche Dummheit auf einmal "akzeptabel" wird, wenn es um Israel geht!

Zweitens ist es falsch, daß alle jüdischen Einwohner Israels Zionisten wären, die bedingungslos die reaktionäre Politik des israelischen Regimes verteidigen. Es ist doch bekannt, daß es die Bewegung gegen den Krieg im Libanon gegeben hat, sowie es auch heute einen Widerstand gegen die brutale "Befriedung" der von Israel besetzten Gebiete durch die reaktionäre israelische Armee gibt.

Aber selbst wenn alle jüdischen Israelis reaktionär wären, würde sich nichts daran ändern, daß das Proletariat aufgrund seiner objektiven Klassenlage fähig ist, die herrschenden Klassen Israels durch eine Revolution zu stürzen. Mit Zuspitzung der Widersprüche des Imperialismus wird auch die Arbeiterklasse Israels gezwungen werden, gegen ihre Ausbeuter, die die Schraube der Ausbeutung immer enger ziehen werden, zu kämpfen und sich für den Weg der Revolution zu entscheiden (siehe dazu auch RB Nr. 3, S. 7-9).

Drittens stimmt es zwar, daß die Bewohner Israels an der Unterdrückung des palästinensischen Volkes beteiligt sind und dadurch auch Mitschuld daran haben. Es ist jedoch wiederum verheerend falsch daraus abzuleiten, daß eine Revolution in Israel objektiv unmöglich sei. Mit demselben "Argument" könnte auch die objektive Unmöglichkeit der Revolution in fast allen Ländern der Welt "bewiesen" werden, weil auch dort die Bevölkerung weitgehend mitschuldig ist an der Unterdrückung anderer Völker oder Nationalitäten (vor allem auch der Großteil der westdeutschen Bevölkerung!!), was die Vertreter dieser "Theorie" bezeichnenderweise nicht tun. Dazu kann man nur wiederholen, daß die objektive Klassenlage des Proletariats bestimmend dafür ist, daß es die Revolution vollbringen kann, egal was es im Moment für ein Bewußtsein hat, an welchen Verbrechen der Ausbeuter es beteiligt war und ist.

Was bleibt übrig? Als einziger Grund für die objektive Unmöglichkeit der Revolution in Israel bleibt die Tatsache bestehen, daß dort hauptsächlich Juden leben. Was ist das anderes als Antisemitismus, egal ob diejenigen, die diese "Theorie" vertreten sich dessen bewußt sind oder nicht??

In einem Land wie Westdeutschland gibt es eine riesige antisemitischen Tradition, die vom kirchlichen Antisemitismus eines Luther, über den preußischen Antisemitismus bis hin zu dem Antisemitismus der Nazis, (der von 1933-1945 den Großteil des deutschen Volkes so verseuchte, daß sie den Völkermord an 6 Millionen Juden unterstützten bzw. tolerierten) reicht. Angesichts dieser Tatsache und der heutigen ständigen Schürung antisemitischer Thesen durch die westdeutschen Imperialisten ist es auch kein Wunder, daß solche Thesen offen oder hinter linken Phrasen versteckt, massenhaft in allen Schichten und Teilen der westdeutschen Bevölkerung vorhanden sind.

Dies bestätigen auch aufs neue die widerlichen Schändungen jüdischer Friedhöfe in den letzten Monaten in ganz Westdeutschland und die fast wortlose Duldung dieser Verbrechen durch die westdeutsche Bevölkerung.

Nur im Kampf gegen antisemitische Tendenzen bei uns selbst, innerhalb der Solidaritätsbewegung sowie bei den Werktätigen Westdeutschlands ist eine antiimperialistische Unterstützung des palästinensischen Befreiungskampfes möglich.

Jegliches "Ausnutzen" des Antisemitismus für diese Solidarität läßt uns nur ins Fahrwasser der Nazis geraten, die ja gerade auch in Westdeutschland, anknüpfend an die alte Nazipropaganda von der "zionistischen Weltverschwörung", durch ihre angebliche "Unterstützung" des palästinensischen Kampfes den Antisemitismus schüren.

2. Was haben wir heute mit den Verbrechen des Nazifaschismus zu tun und wieso ist die richtige Beantwortung dieser Frage entscheidend für die Solidarität mit den antiimperialistischen Kämpfen der unterdrückten Völker ?

Früher dachten wir, daß wir mit den Verbrechen des Nazifaschismus, sowie des deutschen Imperialismus vor 1933 nichts zu tun hätten, weil wir ja zu der Zeit noch nicht gelebt haben und weil wir ja gegen den westdeutschen Imperialismus kämpften.

Deshalb dachten wir auch, daß uns die gerechten Forderungen der polnischen Zwangsarbeiter, Sinti und Roma und der jüdischen Opfer des Nazifaschismus etc. nach Wiedergutmachung nichts angingen.

Auch heute ist diese Meinung bei Antiimps und Autonomen noch weit verbreitet. So werden in der "Plattform" offensichtlich alle, die sich für die Diskussion über die obengenannten Fragen einsetzen, als durchgeknallte Reformisten hingestellt, die "mythische Fragen wie 'Kollektivschuld' und 'Erblast'" (Punkt 8. der "Plattform") aufwerfen.

Wir stellen ganz klar fest, daß die heutige Generation mit den Verbrechen des Nazifaschismus (sowie auch mit den vorausgegangenen des deutschen Imperialismus) in einer Hinsicht sehr viel zu tun hat. Denn die Grundlage des Nazifaschismus besteht ungebrochen weiter, der westdeutsche Imperialismus ist der Fortsetzer des deutschen Imperialismus, der den Nazifaschismus hervorgebracht hat. Der Faden der deutschen Geschichte wurde also noch nicht durchschnitten, die Bevölkerung in Westdeutschland lebt mit diesen Verhältnissen, und hat deshalb heute wieder eigene Mitverantwortung und Mitschuld an den weltweiten Verbrechen des westdeutschen Imperialismus, die ja bis jetzt von der Mehrheit der Werktätigen Massen nicht bekämpft werden.

Erst wenn die heutige (oder eine spätere) Generation den westdeutschen Imperialismus vernichtet hat, und damit auch die Tradition des Nazifaschismus, die Gefahr, daß sich die Bestialitäten der Nazifaschisten in demselben oder in noch grösserem Ausmaß wiederholen können, wenn sie die Diktatur des Proletariats errichtet und nicht nur durch Worte, sondern auch durch Taten bewiesen hat, daß sie wirklich revolutioniert ist, mit der verfluchten "deutschen Tradition" der Ausbeutung und Unterdrückung anderer Völker gebrochen hat, erst dann wird Schritt für Schritt sichtbar und spürbar werden, daß der "deutsche Name" nicht mehr überall nur mit den Verbrechen der Nazis in Verbindung gebracht wird, ihm nur Haß und Abscheu entgegenschlägt.

Nur wenn wir die Worte von Karl Marx ernst nehmen, können wir hier eine wirklich antiimperialistische Solidarität mit den Befreiungskämpfen der Völker der Welt und eine revolutionäre Bewegung in Westdeutschland aufbauen:

"Die Deutschen werden nirgends anerkannt, finden nirgends Sympathie. Selbst wo sie als großherzige Freiheitsapostel auftreten, stößt man sie mit bitterem Hohn zurück. Und man hat recht. Eine Nation, die sich in ihrer Vergangenheit zum Werkzeug der Unterdrückung gegen alle anderen Nationen hat gebrauchen lassen, eine solche Nation muß erst **beweisen**, daß sie wirklich revolutioniert ist." (Karl Marx, "Der Prager Aufstand", 1848, MEW 5, S. 81)

Das heißt ganz konkret für die sich heute in Westdeutschland formierende Solidaritätsbewegungen mit den Befreiungskämpfen der Völker der Welt, die vom "eigenen" Imperialismus ausgebeutet wurden und werden:

Die revolutionären Kämpferinnen und Kämpfer dieser Länder werden ganz genau prüfen, ob und inwieweit die Deutschen, die vorgeben sie zu unterstützen, wirklich revolutioniert sind. Sie werden vor allem auch prüfen, ob diese ihre Forderungen nach Wiedergutmachung oder die der Opfer der Nazibarbarei etc. für gerecht halten und auch erfüllen werden, sobald sie die Macht erobert haben, ob sie schon jetzt nach Kräften versuchen, diese Verbrechen wiedergutzumachen - oder ob sie sich aus der Verantwortung für die deutsche Geschichte stehlen wollen, sich hinstellen als hätten sie mit den vergangenen und den heutigen Verbrechen des deutschen Imperialismus nichts zu tun. Und nur wenn sie feststellen, daß diese Deutschen sich in ihrer Haltung dazu wirklich revolutioniert haben, werden sie ganz langsam an Vertrauen gewinnen und ein gemeinsamer Kampf gegen den Imperialismus wird dann überhaupt erst denkbar.

3. Reicht es, Israel als Feind der INTIFADA und die Unterstützung des westdeutschen Imperialismus für diesen Feind zu entlarven ?

Zu der Zeit bei Antiimps und Autonomen haben wir die Unterstützung des westdeutschen Imperialismus für Israel aufgezeigt.

Jedoch entlarvten wir nicht die Doppeltaktik des westdeutschen Imperialismus, der schon seit Jahrzehnten nicht nur das vom Imperialismus abhängige Israel mit Waffen, Militärberatern etc. "versorgt", um dort seinen Einfluß zu vergrößern, sondern der es auch versteht, mit den vom Imperialismus abhängigen arabischen Ländern zusammenzuarbeiten.

Wir entlarvten nicht die Zusammenarbeit des westdeutschen Imperialismus mit solchen reaktionären Regimes wie Libyen oder Syrien, weil wir dachten, diese seien "antiimperialistisch". (siehe dazu RB Nr. 2, S. 9)

Wie sollen wir aber internationalistische Solidarität mit dem palästinensischen Befreiungskampf hier in Westdeutschland entwickeln, ohne solche geschworenen Feinde aller gerechten Kämpfe des palästinensischen Volkes, wie Syrien, Libyen oder auch dem Irak, ohne die Unterstützung des "eigenen" Imperialismus für diese Regimes zu entlarven und zu bekämpfen? (Siehe auch unter 4.)

4. Fördert die kritiklose Unterstützung der PFLP bzw. der PLO den palästinensischen Befreiungskampf?

Früher unterstützten wir die PFLP, Mitglied in der PLO, kritiklos und hielten sie für eine revolutionäre Organisation, obwohl sie den sowjetischen Imperialismus als Freund der Völker hinstellte,(') obwohl sie sich auf die Seite der reaktionären Regime Syriens und Libyens schlug.

Nachdem die reaktionäre syrische Armee im Libanon einmarschiert ist und auch gegen die Palästinenser gekämpft hat, konnte die PFLP ihre Haltung nicht mehr aufrechterhalten und schwenkte ab von der völlig offenen Unterstützung Syriens.

Daß dies aber nicht auf erste Ansätze einer Selbstkritik der PFLP zurückzuführen war, zeigt sich deutlich an heutigen Stellungnahmen der PFLP zum reaktionären irakischen Regime.

In der "Irak Information" (Nr. 12, S. 4)(') wird gut die an Verrat grenzende Haltung der PFLP entlarvt. Dort wird folgende Stellungnahme der PFLP vom 9.9.1990 zitiert:

"Die Volksfront (PFLP A.d.V.) kann nichts anderes tun, als solidarisch mit dem Irak zu sein, wenn amerikanisches Militär Saudiarabien besetzt und Bush seine Warnungen an das irakische Volk übersendet, in dieser Situation kann die Front (PFLP) nichts anderes tun, als nach Bagdad zu gehen und den Massen mitzuteilen, daß sie mit dem Irak im selben Schützengraben sei."

Und im Oktober 1990 sagte der offizielle Sprecher der PFLP, Amer Qadisch:

"Wir unterstützen Saddam Hussein in dieser Golf-Krise..." (Blätter des iz3w, Nr. 170, Dez./Jan. 90/91, S. 4).

Das ist natürlich ein Schlag ins Gesicht eines jeden Antiimperialisten, vor allem auch der Antiimperialisten aus dem Irak, die folgende richtige Stellungnahme abgaben:

"Wir rufen alle Iraker dazu auf, sich nicht von einer der (hier) konkurrierenden Mächte betrügen zu lassen; sie alle sind Feinde unseres Volkes. Wir rufen euch dazu auf, daß ihr nicht nur die Verbrechen Saddam Husseins und insbesondere das Verbrechen der Besetzung Kuwaits verurteilt, sondern daß die gesamte Verschwörung und der Militäreinmarsch, den die arabischen und kolonialistischen (imperialistischen A.d.V.) Länder gegen unser Volk führen, verurteilt wird." (Irak Information, Nr. 12, S. 9)

(') Zwar stellt die PFLP heute die imperialistische Sowjetunion nicht mehr als Freund der Unterdrückten hin aber von der Bekämpfung der Sowjetunion, der Entlarvung ihres wahren Charakters, ist sie noch weit entfernt. So meinte ihr offizieller Sprecher, Amer Qadisch, im Oktober 1990: "Unsere offizielle Haltung zur Perestroika wurde letztes Jahr verlautbart. Wir sagten wir unterstützen sie..." (Blätter des iz3w, Nr. 170, Dez./Jan. 90/91, S. 5, H.d.V.)

(') Quelle: Irak Information, c/o Buchladen Rote Straße 10, 3400 Göttingen

Ohne vehemente Kritik der Unterstützung des Irak durch die PFLP ist auch eine Solidaritätsbewegung in Westdeutschland mit dem palästinensischen Befreiungskampf unmöglich, denn nur wenn das palästinensische Volk *alle seine Feinde* kennt, kann sich eine revolutionäre Bewegung in Palästina entwickeln und auch siegen.

5. Ist die Anerkennung der Existenzberechtigung eines jüdischen Staates unbedingt notwendig?

Früher lehnten wir nicht nur die Existenzberechtigung eines jüdischen Staates heute ab, sondern auch den Uno-Plan zur Gründung des Staates Israel (1947), da wir dachten, die Juden, die nach Palästina kamen, wären von Anfang an alle Zionisten gewesen. Außerdem war ein weiterer Grund für die Ablehnung die Einschätzung, daß die Juden nur eine Religionsgemeinschaft seien und sie somit auch kein Recht auf einen eigenen Staat hätten.

Diese Positionen sind nicht nur bei Autonomen und Antiimps immer noch weit verbreitet, sondern auch die PLO vertritt in ihrer Charta folgendes:

"Das Judentum als himmlische Religion ist keine Nationalität mit eigenständiger Existenz." (Zitiert nach: "Al Karamah", 2/86, S. 15)

Die Behauptung, der Begriff "jüdisch" sei nur als religiöser Begriff anerkannt, ist falsch, was sehr gut in dem Beitrag einer Genossin aus Österreich zur Palästina-Diskussion im Wiener Tatblatt begründet wird (s. S. 21 dieser Nr.). Dem wollen wir nichts weiter hinzufügen.

Auch die Gründung des jüdischen Staates Israel und eines palästinensischen Staates durch einen UNO Beschluß von 1947 wird nicht nur von den meisten Autonomen und Antiimps bedingungslos abgelehnt, sondern auch von der PLO-Charta:

"Die Teilung Palästinas 1947 sowie die Entstehung Israels hat von Anfang an keine Gültigkeit..." (Zitiert nach: "Al Karamah", 2/86, S. 14)

Dieser UNO-Beschluß kam durch den Einsatz der damals noch sozialistischen Sowjetunion zustande (genaueres dazu siehe "Die Rede Gromykos vor der UNO 1947...", S. 12). Doch er ist nur zu verstehen, wenn man sich die Situation der jüdischen Bevölkerung Europas nach 1945 ganz genau klarmacht:

Kein Land Westeuropas war in der Lage, die Juden vor den Völkermordverbrechen des Nazifaschismus zu schützen. Über 6 Millionen Juden, Männer, Frauen, Kinder und Greise, wurden von den Nazis bestialisch ermordet.

Es gibt eine lange Tradition der Zusammenarbeit zwischen arabischer Reaktion und den Nazifaschisten. Diese reicht von der Zusammenarbeit des Großmufti von Jerusalem, der 1943 auf dem Balkan direkt für die SS arbeitete, bis zu der Aufnahme vieler SS-Angehöriger, Nazi-Kriegsverbrecher durch die arabischen Staaten nach 1945. So konnten diese arabischen Staaten den Juden in Palästina, (dort kamen vor allem nach 1933 viele an, die vor den

Nazis geflüchtet waren) natürlich keinerlei Schutz bieten. Im Gegenteil, sie stellten eine ständige Bedrohung für sie dar.

Angesichts dieser Situation war es doch geradezu die Pflicht eines Kommunisten, eines Revolutionärs, den von den Nazifaschisten geschundenen Juden die Möglichkeit zu geben, eine Macht zu errichten, die es ihnen ermöglicht, sich selbst zu verteidigen und eine Gesellschaft aufzubauen, in der sie nicht mehr der Verfolgung, den Pogromen und der Ermordung ausgesetzt sind.

Daher schlug die Sowjetunion 1947 vor, das britische UNO-Mandat aufzuheben und in Palästina einen von zwei Nationalitäten bewohnten jüdisch-arabischen demokratischen Staat zu schaffen. Wenn dies aufgrund der Feindschaft zwischen den jüdischen und arabischen Werktätigen unmöglich wäre⁽¹⁾, sollte nach einem zweiten Vorschlag der Sowjetunion Palästina in zwei unabhängige Staaten, einen arabischen und einen jüdischen, aufgeteilt werden. Dieser zweite Vorschlag wurde am 29.9.1947 von der UNO-Vollversammlung angenommen, aber (außer der Aufhebung des britischen Mandats) nie realisiert.⁽²⁾

Man müßte unbedingt genauer darüber diskutieren, ob nicht der UNO-Beschluß vom 29.9.1947 ein zwar sehr problematischer Vorschlag war, was auch die damals noch sozialistische Sowjetunion immer wieder betonte, jedoch die damals einzig mögliche Lösung gewesen wäre, die die Forderungen der jüdischen und der palästinensischen Nationalität nach der Errichtung eines eigenen Staates hätte berücksichtigen können.

Weiter müßte debattiert werden, ob man den heute einfach prinzipiell die Existenzberechtigung eines jüdischen Staates, also auch die Errichtung eines eigenen revolutionären jüdischen Staates nach der Zerschlagung des jetzigen israelischen Staatsapparates durch den gemeinsamen bewaffneten Kampf der jüdischen und palästinensischen Werktätigen, ablehnen kann.

⁽¹⁾ Dieser nationale Haß zwischen großen Teilen der Werktätigen bestand schon in den 20er Jahren und wurde von den reaktionären Kräften beider Nationalitäten und den Imperialisten ständig geschürt.

⁽²⁾ Die UNO hatte im November 1947 die Teilung des britischen Mandatsgebiets Palästina in einen jüdischen und einen arabischen Staat vorgeschlagen. Der jüdische Staat sollte ca. 15.000 qkm groß sein, der arabische Staat etwa ca. 11.000 qkm. Der Stadtbezirk Jerusalem sollte unter UN-Aufsicht und Verwaltung gestellt werden. In den folgenden Monaten gelang es den reaktionären jüdischen Kräften in Palästina diesen Teilungsplan durch militärische Aktionen wesentlich zu ihren Gunsten zu verändern. Sie besetzten u.a. die Stadt Jaffa. Das von den Vorläufern der heutigen reaktionären israelischen Partei "Likud" verübte Massaker an den Bewohnern des Dorfes Deir Jassin (9.8.48) löste eine Massenflucht unter der palästinensischen Bevölkerung aus. Am 14.5.48 wurde der Staat Israel proklamiert. Am folgenden Tag begannen die reaktionären arabischen Staaten Jordanien, Syrien und Ägypten Krieg gegen das reaktionäre israelische Regime zu führen, um diesen Staat zu vernichten, aber auch mit dem Ziel, den im UN-Teilungsplan vorgesehenen Palästinenserstaat zu liquidieren und unter sich aufzuteilen. Das zweite Kriegsziel wurde erreicht. Am Ende dieses Krieges waren nach Schätzungen der UNO über 700 000 Palästinenser von dort, wo sie lebten vertrieben worden.

Oder ist es nicht eher so, das man heute ganz klar von jüdischer Nationalität, ja sogar von Merkmalen einer jüdischen Nation in Israel sprechen muß? Wie weit gibt es das Selbstbestimmungsrechts nicht nur des palästinensischen Volkes, sondern auch der jüdischen Nationalität d.h. auch das Recht auf Gründung nicht nur eines eigenen palästinensischen sondern auch eines eigenen jüdischen Staates?

Sind nicht die Gründe von 1947 für die Schaffung eines jüdischen Staates auch heute weiterhin relevant für das Recht der jüdischen Nationalität auf einen eigenen Staat?

Diese Probleme müßten unbedingt intensiv und kontrovers innerhalb der westdeutschen Solidaritätsbewegung diskutiert werden.

Der Repräsentant der Sowjetunion vor der UNO am 26. November 1947 zur Teilung Palästinas

"Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hat - wie jedermann weiß - keine direkten materiellen oder andere Interessen in Palästina; sie ist an der Palästina-Frage lediglich interessiert, weil sie ein Mitglied der Vereinten Nationen ist und weil sie eine Weltmacht darstellt, die, wie jede andere Weltmacht, eine besondere Verantwortung zur Erhaltung des internationalen Friedens trägt.

Als die Frage der Zukunft Palästinas auf der Sondersitzung der Vollversammlung diskutiert wurde, wies die Regierung der UdSSR auf die beiden annehmbarsten Lösungen dieser Frage hin. Die eine war die **Bildung eines einzigen Arabisch-Jüdischen Staates**, in dem Araber und Juden gleiche Rechte genießen würden. Im Falle, daß sich eine solche Lösung als undurchführbar erweisen sollte aufgrund der Verschlechterung der arabisch-jüdischen Beziehungen, hat die Regierung der UdSSR durch ihre Delegation in der Vollversammlung eine zweite Lösung angedeutet, nämlich die **Teilung Palästinas in zwei freie, unabhängige und demokratische Staaten** - einen arabischen und einen jüdischen.

Wir können uns fragen, warum die überwältigende Mehrheit der in der Vollversammlung repräsentierten Delegationen gerade dieser und keiner anderen Lösung zugestimmt hat. Die einzige Erklärung, die gegeben werden kann, besteht darin, daß alle alternierenden Lösungen des Palästina-Problems als undurchführbar und unpraktisch erachtet wurden.

Bei der Feststellung dieser Tatsache denke ich an das Projekt, einen einzigen unabhängigen arabisch-jüdischen Staat mit gleichen Rechten für Araber und Juden zu schaffen. Die Erfahrung aus dem Studium der Palästina-Frage einschließlich der Erfahrung des Sonderausschusses hat gezeigt, daß die Juden und Araber in Palästina nicht wünschen oder nicht in der Lage sind, zusammen zu leben. Der logische Schluß folgte, daß falls diese beiden Völker, die Palästina bewohnen und die **beide tiefverwurzelte historische Bindungen zu diesem Land aufweisen**, nicht zusammen innerhalb der Grenzen eines einzigen Staates leben können, es keine Alternative dazu gibt, anstelle eines Landes zwei Staaten - einen arabischen und einen jüdischen - zu bilden. Dies stellt aus der Sicht unserer Delegation die einzige praktikable Lösung dar.

Die Gegner einer Teilung Palästinas in zwei separate, unabhängige, demokratische Staaten weisen gewöhnlich auf die Tatsache hin, daß eine solche Entscheidung, wie sie behaupten, gegen die Araber, gegen die arabische Bevölkerung Palästinas und gegen die arabischen Staaten im allgemeinen gerichtet sei. Dieser Standpunkt wird aus schnell ersichtlichen Gründen von den Delegationen der arabischen Länder besonders betont. Aber die UdSSR-Delegation kann einen solchen Standpunkt nicht teilen. Weder der Vorschlag, Palästina in zwei separate, unabhängige Staaten zu teilen, noch die Entscheidung des "ad-hoc"-Ausschusses, der auf jener Sitzung gebildet wurde und der den jetzt in der Diskussion befindlichen Vorschlag billigte, ist gegen die Araber gerichtet. Diese Entscheidung ist gegen keine der beiden Palästina bewohnenden nationalen Gruppen gerichtet. Die UdSSR-Delegation ist im Gegenteil der Ansicht, daß

diese Entscheidung mit den fundamentalen nationalen Interessen beider Völker korrespondiert, d. h. mit den Interessen der Araber ebenso wie mit denen der Juden.

Die Repräsentanten der arabischen Staaten behaupten, daß die Teilung Palästinas eine historische Ungerechtigkeit sein würde. Aber diese Sichtweise ist inakzeptabel, wenn auch letztlich nur aus dem Grund, daß **das jüdische Volk für einen beträchtlichen Zeitschnitt** auf das engste mit Palästina verbunden war. Davon abgesehen dürfen wir die Position nicht übersehen - und die UdSSR-Delegation hat erstmalig auf der Sondersitzung der Vollversammlung darauf hingewiesen - dürfen wir also **nicht die Position übersehen, in der sich das jüdische Volk als Ergebnis des letzten Weltkrieges befunden hat.** Ich werde nicht wiederholen, was die UdSSR-Delegation zu diesem Punkt auf der Sondersitzung der Vollversammlung gesagt hat. Es mag jedoch nicht verfehlt sein, meine Zuhörer nochmals daran zu erinnern, daß die Juden als Ergebnis eines vom Hitler-Deutschland entfesselten Krieges **mehr als jedes andere Volk gelitten** haben. Sie wissen, daß es in Westeuropa kein einziges Land gab, dem es gelang, das jüdische Volk gegen die Willkürakte und Gewaltmaßnahmen der Nazis zu schützen.

Die Delegation der UdSSR ist weiterhin der Meinung, daß die Entscheidung, Palästina zu teilen, sich im Rahmen der hohen Prinzipien und der Ziele der Vereinten Nationen bewegt. Diese Entscheidung entspricht auch dem Prinzip des nationalen Selbstbestimmungsrechts der Völker. Die Politik der UdSSR im Bereich der Nationalitäten-Probleme, die sie schon seit ihrer Gründung verfolgt, ist eine Politik der Freundschaft und der Selbstbestimmung der Völker.

Die Lösung des Palästina-Problems, basierend auf einer Teilung Palästinas in zwei separate Staaten, wird von grundlegender historischer Bedeutung sein, weil eine solche Entscheidung die legitimen Ansprüche des jüdischen Volkes berücksichtigt. Wie Sie wissen, sind hunderttausende von Juden immer noch ohne ein Land, ohne Heim, oder sie haben vorübergehende Unterkunft in Sonderlagern einiger westeuropäischen Länder gefunden. Ich werde nicht von den Bedingungen sprechen, unter denen diese Leute leben; diese Bedingungen sind nur allzu gut bekannt. Es ist schon eine Menge zu diesem Thema von jenen Repräsentanten gesagt worden, die den Standpunkt der UdSSR-Delegation in dieser Frage teilen und die den Plan der Teilung Palästinas in zwei Staaten unterstützen."

(Aus dem Sitzungsprotokoll der 125. Plenartagung der UNO, 26. 11. 1947, Übersetzung aus dem Russischen, Auszug)

Zur Situation der Juden im zaristischen Rußland, der sozialistischen UdSSR zur Zeit Lenins und Stalins und der heutigen imperialistischen Sowjetunion

1) Die Situation der jüdischen Bevölkerung im zaristischen Rußland war bestimmt durch Pogrome und Rechtlosigkeit ! (')

Im zaristischen Rußland hatte die jüdische Bevölkerung unter den zahlreichen und immer wiederkehrenden Judenpogromen zu leiden, bei denen viele Juden auf grausamste Weise ermordet wurden. Diese Verfolgungen fanden ihren Höhepunkt während des Bürgerkrieges 1919-1921. Die weißgardistischen Banden führten an 900 Orten über 2000 Pogrome durch, dabei wurden 200.000 Juden ermordet und 700.000 jüdische Familien völlig ruiniert.

Die jüdische Bevölkerung mußte im Rußland vor der Oktoberrevolution hauptsächlich ihr Auskommen im Kleinhandel und Handwerk finden. Das kam daher, daß den Juden der Zugang zu manchen ländlichen Gebieten und Industriezonen verboten war. Sie waren gezwungen, in sogenannten "Domizilzonen" zu leben.

Es bestanden außerdem zahlreiche andere Beschränkungen, z.B. war ihnen der Zutritt zu den staatlichen Lehranstalten nur beschränkt möglich. Kurz gesagt: die Juden lebten im zaristischen Rußland in fast völliger Rechtlosigkeit.

2) Die Oktoberrevolution machte der jüdischen Rechtlosigkeit und Unterdrückung ein Ende! - Über die Herstellung der politischen und ökonomischen Gleichberechtigung der Juden in der UdSSR und ihrer Landansiedlung u.a. im "Jüdisch Autonomen Gebiet Biro-Bidshan" (')

Nach der Oktoberrevolution wurde die Rechtlosigkeit der jüdischen Bevölkerung beseitigt. Die Juden wurden, ebenso wie die Angehörigen anderer ehemals unterdrückten Nationalitäten, als vollberechtigte Staatsbürger anerkannt. Der Antisemitismus wurde bekämpft und unter Strafe gestellt. Aktive Antisemiten wurden mit dem Tode bestraft.

Es entstanden jedoch neue Schwierigkeiten, da der Staats- und Genossenschaftshandel den Kleinhandel weitgehend verdrängte und die sozialistische Industrieproduktion das Handwerk und die Heimindustrie zu ersetzen begann.

a) Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der jüdischen Bevölkerung

Ab 1918 wurde versucht, die Juden in die produktive Landwirtschaft einzugliedern, weil in den Reihen der jüdischen Bevölkerung der Wunsch vorhanden war, in der Landwirtschaft tätig zu werden. So wurden in Weißrußland und in der Ukraine 200 landwirtschaftliche Genossenschaften gegründet. An manchen Orten ging die Hälfte der jüdischen Bevölkerung zur Landwirtschaft über. Der Bürgerkrieg machte dieser Bewegung bis 1922 vorübergehend ein Ende.

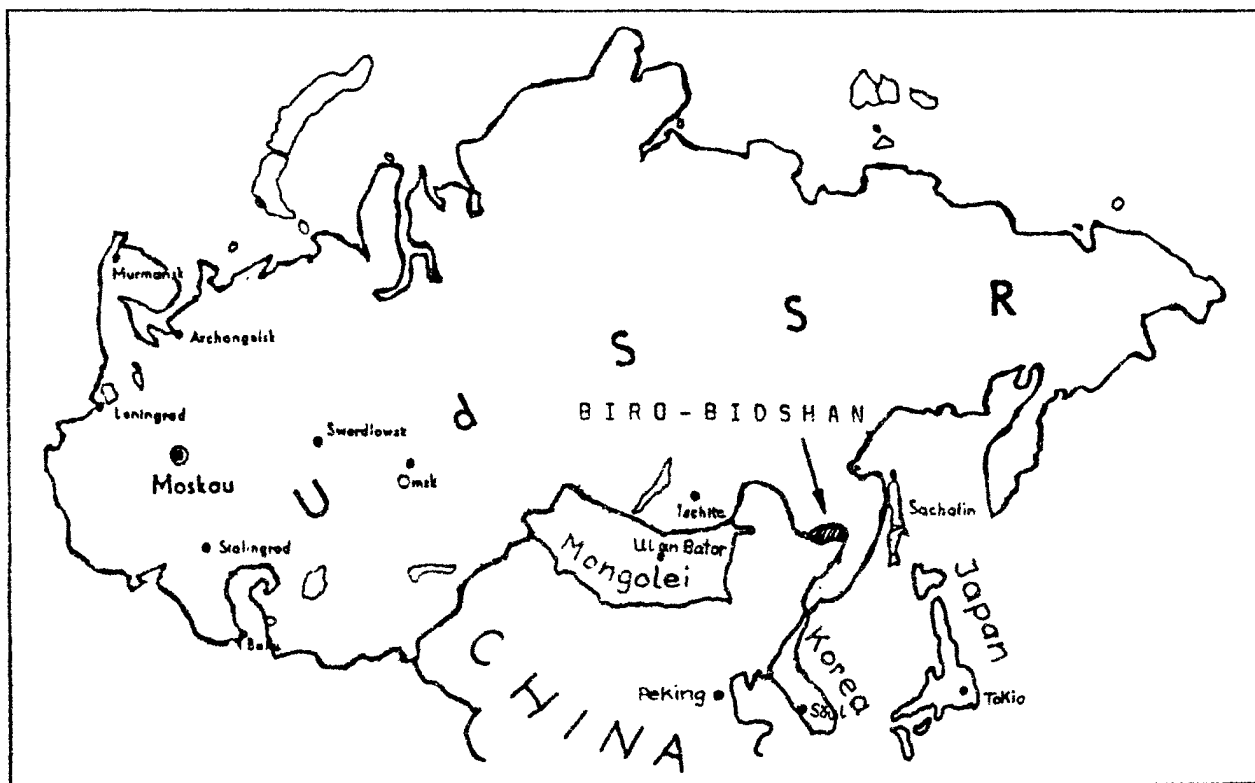
(') Quelle für Teil 1.) und 2.) : "Die Oktoberrevolution machte der jüdischen Rechtlosigkeit ein Ende", "Agrarprobleme", Moskau, 1929

Ab 1924 nahm die Landansiedlung der werktätigen Juden planmäßige Formen an und wurde zu einer von der Sowjetregierung geleiteten Bewegung. Dazu wurde das Komitee für die Landansiedlung der werktätigen Juden der UdSSR, kurz Komzet, gegründet, das einen Plan zur Landansiedlung erarbeitete.

b) Probleme bei der Landansiedlung der Juden

Es ergaben sich bei der Durchführung des vom Komzet aufgestellten Plans erhebliche Schwierigkeiten. Zum einen dadurch, daß die Menschen, die gewonnen werden sollten, an die Arbeit und Lebensweise, die die Landwirtschaft erfordert, nicht gewöhnt waren. Zum anderen fehlten die finanziellen Mittel, um die Maßnahmen in großem Umfang durchführen zu können. Zur Unterstützung des Komzet wurde deshalb die Gesellschaft zur Förderung des jüdischen Siedlungswerks (Ozet) ins Leben gerufen. Die Mitglieder waren Sowjetbürger aller Nationalitäten, sowie auch öffentliche und staatliche Organisationen. Die Ozet machte es sich zur Aufgabe, das Komzet zu unterstützen, in juristischer, medizinischer, agronomischer und kultureller Hinsicht Hilfe zu leisten, sowie öffentliche Sympathien und finanzielle Mittel in der Sowjetunion und im Ausland zu mobilisieren. So konnten bis 1928 468.714 ha vor allem in der Ukraine, in Weißrußland, auf der Krim und im Kaukasus mit jüdischen Werktätigen besiedelt werden.

Gegen Ende dieser Periode zeigte sich immer mehr die Notwendigkeit, der jüdischen Agraransiedlung ein umfangreicheres, zusammenhängendes Terrain zu erschließen. Das hatte seine Ursachen zum einen darin, daß die freien Ländereien erschöpft waren, zum anderen wurde in national-kultureller Hinsicht ein zusammenhängendes Gebiet notwendig.



c) Die Besiedlung von Biro-Bidshan

Das Gebiet von Biro-Bidshan umfaßte eine Fläche von 39.500 qkm, es war somit fast doppelt so groß wie Palästina (23.000 qkm) und größer als z.B. Holland (34.201 qkm). Davon waren 15.420 qkm zum Zwecke der Agraransiedlung geeignet. Auf diesem Gebiet konnten 200.000 Menschen angesiedelt werden. Weiterhin gab es 18.450 qkm Wald und Gebirge. Auf diesem Gebiet war industrielle Ansiedlung möglich. Denn neben dem Waldreichtum waren auch Bodenschätze vorhanden (u.a. Eisenerze, Graphit, Steinkohle und Gold). Die restlichen 5080 qkm Biro-Bidshans bestanden aus Sumpfgebieten. Die verkehrstechnische Lage war zufriedenstellend. Über die Eisenbahnlinie war Biro-Bidshan mit Chabarowsk und Wladiwostok verbunden, über den Fluß Amur mit dem Hafen Nikolajewsk, über den Fluß Sungari mit China.

Im Februar 1928 faßte das Komzet den Beschluß, den Bezirk Biro-Bidshan für die Zwecke der jüdischen Agraransiedlung zu übernehmen. Die Ozet stimmte diesem Beschluß zu.

Biro-Bidshan wurde dann 1934 autonomes Gebiet der sozialistischen russischen Sowjetrepublik.

Da das Gebiet von Biro-Bidshan nahezu unbewohnt war (auf 1 qkm weniger als ein Mensch) hatte das jüdische Volk zum erstenmal in seiner Geschichte die Möglichkeit, ohne einen Zusammenstoß mit anderen Völkerschaften ein großes, unberührtes Gebiet, das sich sehr gut für die Organisierung eines autonomen Nationalgebiets eignet, in Besitz zu nehmen.

Dieses Gebiet hatte nicht nur Vorteile. Das Klima des Landes ist sehr rauh und die jüdische Bevölkerung war bis dahin eher an mildes Klima gewöhnt. Außerdem war Biro-Bidshan weit entfernt von den früheren Wohnorten der Juden etc.

d) Die Landansiedlung - ein wichtiges Mittel im Kampf gegen antisemitische Vorurteile der nichtjüdischen, sowjetischen Bevölkerung

Neben der Besiedlung von Biro-Bidshan ging die Siedlungsarbeit in den inneren Bezirken der Sowjetunion weiter. So wurden 1929 auf der Krim weitere 109.000 ha zur Verfügung gestellt, neben Ländereien in der Ukraine und in Weißrußland.

Am Anfang der Agraransiedlungspolitik brachten die ukrainischen und weißrussischen werktätigen Bauern der jüdischen Bevölkerung großes Mißtrauen entgegen. Daran gewöhnt, in den Juden einen Händler, einen Vermittler, bestenfalls einen Handwerker zu sehen, glaubten diese alteingesessenen werktätigen Bauern weder an die Fähigkeiten noch an den ernsthaften Willen der Juden, in der Landwirtschaft zu arbeiten. Aber ihre Zweifel wurden bald zerstreut, als sie sich selbst überzeugen konnten, wie die Juden ihr Feld bestellten. Es entwickelte sich mit der Zeit eine Zusammenarbeit zwischen den jüdischen Siedlern und den altansässigen werktätigen Bauern.

Aber auch in den übrigen Teilen der UdSSR wurde ein Kampf gegen die antisemitischen Vorurteile mit Hilfe der Landansiedlung geführt.

So besuchten zahlreiche Arbeiterorganisationen die neuen jüdischen Siedlungen. Die Fortschritte in der Siedlungspolitik und die damit verbundene Verbesserung der Lebensbedingungen der Juden überzeugte die sowjetischen Werktätigen von der Richtigkeit der Siedlungspolitik der Sowjetregierung. Die Arbeiterorganisationen begannen diese Politik zu unterstützen, indem sie selbst der Ozet beitraten, den Beitritt zur Ozet und ihre materielle Unterstützung propagierten.

Hier einige Erklärungen der Arbeiterdelegationen, die Biro-Bidshan besuchten:

Arbeiter aus Saporoschk:

"Wir haben uns von der vollkommenen Grundlosigkeit aller Gerüchte überzeugt, die antisemitisch gesinnte Elemente unter der Arbeiterschaft verbreiten. Die Behauptungen Juden wollten und könnten kein Feld bestellen, die Behauptungen, sie bekämen die besten Ländereien zugewiesen, arbeiteten selbst nicht und verpachteten das ganze Land, und andere unsinnige Gerüchte, entsprechen ganz und gar nicht der Wirklichkeit. Wir haben gesehen, daß sich die Bewohner der jüdischen Kolonien in nichts von den Bauern der benachbarten ukrainischen Dörfer unterscheiden, daß sie auch nicht schlechter arbeiten als ihre Nachbarn. Die neuen Ansiedler, die 1926/27 eingetroffen sind, gewöhnen sich trotz großer Not und der Entbehrungen, die sie erdulden müssen, sehr gut an das neue, arbeitsreiche Leben der Bauern. Sie wollen arbeiten und es muß ihnen geholfen werden."

Arbeiter aus Charkow:

"Nachdem wir die materielle Lage der Ansiedler kennen gelernt haben, halten wir die Politik der Sowjetregierung, die ergänzenden Mittel für das jüdische Siedlungswesen bereitgestellt und ebenso die Unterstützung der jüdischen Ansiedler durch ausländische Organisationen zuläßt, für richtig."

Arbeiter aus Artemowsk:

"Die Ozet die öffentliche Hilfsorganisation für werktätige Juden, muß zu einer internationalen Organisation werden. Wir rufen alle Arbeiter von Artemowsk auf, in die Reihen der Ozet einzutreten..."

3) Die Situation der jüdischen Bevölkerung im heutigen Völkergefängnis Sowjetunion

Spätestens ab 1956 mit dem Machtantritt der Chruschtschow-Revisionisten und der beginnenden Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion lebte erneut der großrussische Chauvinismus in riesigen Ausmaßen auf. Mit ihm begann auch wieder die brutale Unterdrückung der nichtrussischen Nationalitäten durch die russische Nation in alter zaristischer Tradition.

Heute in der Sowjetunion Gorbatschows verbreitet sich wieder eine Pogromstimmung gegen die dort lebenden Juden. Unverhohlene antisemitische Drohungen, die zu ersten Angriffen auf die jüdische Bevölkerung geführt haben, gehören wieder zum Alltag der Juden. So

wurde Mitte April 1990 eine jüdische Familie Opfer eines antisemitisch motivierten Massakers (Jerusalem Post 12.5.90).

Es haben sich eine ganze Reihe faschistischer und antisemitischer Organisationen in der Sowjetunion gegründet. Ihre Wahlerfolge liegen im Durchschnitt zwischen zwei und sieben Prozent. Die in Westdeutschland bekannteste Organisation ist Pamjat. Im Moskauer Stadtparlament sitzen bereits 10 Abgeordnete, die mit Pamjat offen sympathisieren.

Diese Organisationen terrorisieren die jüdische Bevölkerung. Sie rufen öffentlich zu Pogromen auf und schüren die antisemitische Stimmung, indem sie die Juden für die Wirtschaftskrise des Kapitalismus in der UdSSR verantwortlich machen. Sie führen Listen über die Wohnorte der Juden, ihre Türen werden mit Kreuzen beschmiert und vor ihren Häusern stellen sie Posten auf, die die Juden beim Betreten und Verlassen mit antisemitischen Parolen attackieren sowie immer öfter auch verprügeln, gewaltsam durchsuchen etc.

Vom imperialistischen Staatsapparat der heutigen Sowjetunion wird gegen diese Angriffe so gut wie nichts unternommen. Im Gegenteil der Antisemitismus wird geduldet und unterstützt. Gorbatschow selbst hat in seinen 15-köpfigen Präsidialrat V. Rasputin und V. Yarin berufen, beide bekannt als üble Antisemiten.

In Zeitschriften und Zeitungen, die keinesfalls von den faschistischen Organisationen herausgegeben werden und Auflagen in Millionenhöhe haben, wird den Juden die Schuld für die elende wirtschaftliche Lage in der Sowjetunion in die Schuhe geschoben.

Vor kurzem wurde ein Prozeß gegen ein Mitglied der Pamjat geführt. Ein Schlägertrupp der Pamjat hatte im Januar 1990, nach einer antisemitischen Demonstration in Moskau, den Schriftsteller-Klub jüdischer Autoren überfallen, antisemitische Parolen gerufen, die Schriftsteller angepöbelt und einen von ihnen zusammengeschlagen. Dieser Prozeß konnte von den Schriftstellern nur gegen den großen Widerstand des reaktionären Justizapparates durchgesetzt werden. Dementsprechend oberflächlich wurde er dann auch geführt. Zwar wurde der angeklagte Faschist zu zwei Jahren Lagerhaft verurteilt, dennoch blieben die wichtigsten Fragen ungeklärt. So gab es z.B. eindeutige Hinweise auf Verbindungen der Pamjat zu Partei- und Regierungskreisen, denen nicht nachgegangen wurde. Der Antisemitismus der Organisation war bei der Verhandlung ein Tabuthema. Dafür kam es zu lautstarken antisemitischen Kundgebungen der Faschisten im Gerichtssaal und vor dem Gerichtsgebäude. (Allgemeine jüdische Wochenzeitung vom 20/27.12.90)

Die Lebensbedingungen für die 1,5 Millionen Juden in der imperialistischen Sowjetunion sind unerträglich geworden. Die jüdische Bevölkerung muß wieder einmal um ihr Leben fürchten und wird zur Flucht gezwungen. Hunderttausende sind schon geflüchtet, Hunderttausende versuchen so schnell wie möglich ebenfalls das Weite zu suchen.

Es herrscht heute wieder Pogromstimmung gegen die Juden in der imperialistischen Sowjetunion Gorbatschows - in alter zaristischer Tradition!

Wir dokumentieren hier Auszüge aus einer Diskussion, die in der Wiener Zeitung TATblatt in den Nummern -74 bis -65 geführt wurde (die Positionen der Beiträge von X.M., N.R. sowie der MLPÖ halten wir für richtig):

Das folgende Interview mit Karam Khella entstand nach einem Seminar mit dem Thema »Der Zionismus als ein Produkt der imperialistischen Interessen im arabischen Raum«.

Das ahistorische Verhältnis der Linken, die Zionismus als das Werk von Idealisten und Faschismus als das Werk von durchgeknallten Darstellern ohne den Zusammenhang von Imperialismus und imperialistischer Logik herzustellen, stellt uns in der antiimperialistischen Internationalismusbearbeit vor die Aufgabe ein genaues Verhältnis zum Zionismus zu entwickeln.

Solidaritätsarbeit mit dem palästinensischen Volk und der Intifada bedeutet auch die zionistische Propaganda zu entlarven

und die imperialistischen Interessen an dem zionistischen Gebilde (»Israel«) in Palästina und weltweit aufzuklären.

Der Artikel erscheint deshalb mit einer Zeitverzögerung von 3 Monaten, weil wir vorher noch mit dem TATblatt-Kollektiv den Antisemitismusvorwurf diskutieren mußten.

Einstweiliges Resultat der Diskussion mit dem TATblatt-Kollektiv sind die Anmerkungen, Fußnoten und Buchempfehlungen, die wird dem Interview beifügen und der Wunsch, eine genaue Diskussion zum Thema Antisemitismus und Imperialismus zu führen.

Autonome Palästina-Gruppe Wien

Der Zionismus

als ein Produkt der imperialistischen Interessen im arabischen Raum

(TEIL 1)

Interview mit Karam Khella, Dr der Sozialpädagogik an der Hamburger Uni, Autor mehrerer Bücher über den arabischen Raum (Geschichte der arabischen Völker, Ägypten, Israelisch-Arabischer Konflikt, Libyen, Imperialismus heute....). Das Interview führte die Autonome Palästina Gruppe Wien. ...

... Israel wird hauptsächlich von den USA, den EG und der BRD finanziert, um deren Interessen in der Region sicherzustellen. Kannst du was genaueres dazu sagen?

Ja, richtig ist, daß die Hauptgeldgeber von Israel die USA und die BRD sind, die BRD als Einzelstaat, aber auch die EG, denen die BRD angehört. Niemand wird unterstellen, daß diese Großmächte Israel aus Menschenliebe oder aus sonstigen humanitären Gründen unterstützen. Sondern sie tun dies ausschließlich deshalb, weil durch Israel ihre Interessen in der Arabischen Region aufrecht erhalten werden. Was sind diese Interessen? Der Imperialismus beutet die arabischen Länder aus. Die Arabischen Befreiungsbewegungen wehren sich dagegen, sie organisieren den Widerstand, ja auch den antiimperialistischen Befreiungskampf. Der Imperialismus allein ist nicht imstande, den arabischen Befreiungskampf zu zerschlagen, er ist auf die Hilfe Israels angewiesen. Die Aktionsweise Israels reicht vom Osten, dem

Irak, ich erinnere an die Bombardierung des irakischen Atomreaktors 1981, bis hin zur Westsahara, an der Atlantischen Küste, wo zur Zeit israelische Truppen gegen die Polisario, die arabische Befreiungsbewegung dort, tätig sind. ...

... Also sind deiner Meinung nach die Juden kein Volk?

Ja, das hab ich so gesagt. Das Judentum ist der Ausdruck für eine Religion, wie auch das Christentum, der Islam und der Buddhismus. Dies ist die Bezeichnung für eine Religion, und nicht die Bezeichnung für ein Volk. Die Juden gehören den jeweiligen Völkern an, in denen sie territorial zusammenleben: die arabischen Bürger jüdischen Glaubens, die deutschen Bürger jüdischen Glaubens, die russischen, die polnischen usw. Das sind vom Volk her Araber, Deutsche, Russen und Polen, von der Konfession her Juden. Volksmäßig gehören die den Nationalitäten an, religiös gehören sie den jüdischen Gemeinden an.

...

... Was sind dann die Wurzeln des Antisemitismus?

Der Antisemitismus ist ein ausschließlich europäisches Phänomen. Es ist falsch eine Propaganda zu betreiben, wie von Seiten der zionistischen oder europäischen Organisationen, die den Eindruck erweckt, als wäre der Antisemitismus ein weltweites

Problem. Der Antisemitismus ist ein typisches Produkt der europäischen Krise und ist zum Beispiel in der Arabischen Welt oder in Asien und in Afrika völlig unbekannt, ausgenommen europäische Inseln in diesen Gebieten, die möglicherweise dieses Problem mitschleppen. Weiters ist es falsch anzunehmen, daß die Menschen in Europa, wenn sie nicht Juden sind, antisemitisch sind, wie Theodor Herzl dies gerne suggerieren möchte. Theodor Herzl teilt die Menschen so allgemein in Juden und Antisemiten. Die Antisemiten teilt Herzl wiederum in verschämte Antisemiten und unverschämte Antisemiten. Dies ist eine Sichtweise, die den Antisemitismus braucht, um den Zionismus zu rechtfertigen. Die Analyse des Antisemitismus zeigt natürlich verschiedene Züge, die teilweise ökonomisch motiviert waren, teilweise rassistisch motiviert waren. In der Zeit des Feudalismus hängt der Antisemitismus mit der feudalen Krise der europäischen Gesellschaft zusammen. Im Frühkapitalismus hat dieses Phänomen Antisemitismus einen Zusammenhang mit der kapitalistischen Umorganisation der Gesellschaft. Man muß die Komplexität dieses Phänomens ständig auf die materielle Basis der Gesellschaft zurückführen, aus der der Antisemitismus hervorgegangen ist. •

Dieses Interview wird im nächsten TATblatt fortgesetzt!

Weitere Artikel zum Thema sind geplant.

aus „Antisemitismus und Imperialismus“; Theorie&Praxis-Verlag, von Initiative Internationale Solidarität, 1988

Die „Judenfrage“ in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts — Ursachen und Hintergründe der Judenvernichtung

Die „Judenfrage“, die am Anfang dieses Jahrhunderts anbricht, ist eine neue „Judenfrage“: sie hat mit der sozialen Funktion der Juden als „Geldmenschen“ im späten Mittelalter und mit dem daraus folgenden Widerstand der sozialen Schichten, die entweder die Träger der Naturalwirtschaft (Bauern) waren oder den lokalen Warentausch und die sich daraus ergebende Konkurrenz einer strengen Regulierung unterzogen (die städtischen Zünfte), nichts mehr zu tun.

In den Ländern Westeuropas und Nordamerikas wurde diese Phase durch die Assimilation der Juden d.h. durch das Aufgehen des jüdischen Partikularismus in der kapitalistischen Gesellschaft, als diese sich gegen die alte feudale Ordnung

endgültig durchsetzte, weitgehend abgeschlossen. Die Assimilation setzte sich deshalb durch, weil die Juden niemals eine nationale Gruppe darstellten; sofern sie sich durch ethnische und religiöse Eigentümlichkeiten absonderten, mußten sie im Schmelztiegel des nationalen Marktes aufgehen, während ihre alte Funktion als Träger des Geldverhältnisses sich in der kapitalistischen Gesellschaft auflöste. Die damalige Emanzipation der Juden war der politische Ausdruck dieser Assimilation.

Im Laufe des 19. Jahrhunderts verlagert sich die „Judenfrage“ auf die Länder Osteuropas, die dabei sind, ihre kapitalistische Umwälzung durchzumachen. Zuerst sieht es so aus, als ob der gleiche Prozeß sich wiederholen sollte. Aber schon am Jahrhundertende stößt der Einwandererstrom, den die „ursprüngliche Akkumulation“ in diesem Gebiet in Gang gesetzt hat, auf die neuen Bedingungen, die der entwickelte Kapitalismus im Westen bereits weltweit durchgesetzt hat.

So ist die „Judenfrage“ des 20. Jahrhunderts viel-

mehr die Erscheinungsform der Bevölkerungsfrage unter den Bedingungen eines Weltkapitalismus, der am Ende seiner extensiven Akkumulation steht. Von nun an führt jede Fortsetzung der Akkumulation zur Freisetzung gigantischer Menschenmassen, die der Produktionsprozeß nicht mehr auffangen kann und für die territoriale Verschiebung ausgeschlossen ist, weil das Kapital die ganze Welt im wahren Sinne des Wortes besetzt hat.

Die Vernichtung der Juden als besonderer Fall der Beseitigung der vom Imperialismus produzierten Menschenüberschüsse war Bestandteil eines allgemeinen Vernichtungsprozesses, der von den Überproduktionskrisen eingeleitet wird und im imperialistischen Stadium ein ungeheures Ausmaß annimmt.

Wenn wir den Determinismus dieses Prozesses betonen, so deshalb, weil es zu verstehen gilt, daß er dem Kapitalismus bis zu einer restlosen Zerschlagung innewohnt. Nach dem Weltkrieg hat sich der Massenmord quasi ununterbrochen fortgesetzt — auf dem

Schlachtfeld der kolonialisierten Gebiete, wie es für Polen im 2. Weltkrieg der Fall gewesen war. Man könnte ohne Mühe ein paar Dutzend „Judenfragen“ aufzählen, die in den letzten vierzig Jahren außerhalb Europas aufgebrochen sind. (Abraham Léon, Judenfrage und Kapitalismus. München 1971, S90/91. Vgl mit Frantz Fanon, der ähnliche Pogromerscheinungen in den afrikanischen Ländern in den Zusammenhang mit den imperialistischen Verhältnissen stellt. Fanon, Die Verdammten dieser Erde, Frankfurt 1981, S131,133.)

Im Zuge des 1. Weltkrieges wurde das sog. Überbevölkerungsproblem zu einer permanenten Erscheinung des Imperialismus. Zwei Merkmale prägten die neue Situation: Zum Einen der verstärkte Wanderungsstrom insbesondere aus Osteuropa in den Westen, zum Anderen das Ende der sog. Aufnahmefähigkeit derjenigen Länder, in denen die Kapitalakkumulation an die Grenzen einer unabsetzbaren Überproduktion stieß.

... Leserbriefe dazu:

Grundlegend falsche Standpunkte im Interview mit Karam Khella (Teil I)

Ich beschränke mich, auch aus Platzgründen, auf drei Thesen in dem Interview, die energischen Widerspruch und Protest herausfordern.

(X.M., SympathisantIn der MLPÖ)

1) Keine imperialistische Herrschaft über die „Arabische Welt“ ohne Israel?

Karam Khella (K.K.) behauptet, daß „durch Israel“ die Interessen der imperialistischen Mächte in der arabischen Welt aufrecht erhalten würden. Hier stellt sich natürlich die Frage: Was ist eigentlich mit Jordanien, Saudi-Arabien, Syrien, Irak

usw.? Werden durch sie etwa nicht die imperialistischen Interessen in dieser Region aufrechterhalten? Spielen diese etwa eine fortschrittliche, antiimperialistische Rolle?

In der Tat sind die arabischen Staaten allesamt vom Imperialismus abhängige reaktionäre, halbfeudalistische Staaten, die den Interessen ihrer und anderer Völker feindlich gegenüberstehen (und die „Ara-

bische Liga“ ist sozusagen die EG dieser abhängigen Regimes!) - unabhängig von speziellen Zügen gibt es da keinerlei prinzipiellen Unterschied zum Staat Israel. Das faschistische Regime Husseins in Jordanien hat 1970 z.B. tausende PalästinenserInnen massakriert. Syrien und Irak schlachten die KurdInnen ab, Syrien hat Teile des Libanon okkupiert und - so wie

Dokumentation

Israel - Massaker mit hunderten und tausenden Toten in den PalästinenserInnen-Lagern veranlassen, usw. usw.

Die Großmächte verlassen sich bei der Durchsetzung ihrer hegemonialen Ziele eben keineswegs bloß auf Israel, sondern fahren zwei- und mehrgleisig. Das zeigen etwa die großangelegten "Leopard"-Panzerlieferungen an Saudi-Arabien, welche die Bonner Revanchisten ungeachtet aller Proteste ihrer Lokalen und Staatshäuser in Israel durchführten. Oder was ist mit der westdeutschen Giftgasfabrik in Libyen (eine Liste der beteiligten westdeutschen Firmen liegt vor und kann über das TAT-Blatt von mir zur Verfügung gestellt werden), dessen kompradorenhaft Machthaber auch bei den VÖEST-Waffenlieferungen an Iran und Irak kräftig mitwirkten?

2.) Ist der Antisemitismus "ein ausschließlich europäisches Phänomen" und "in der Arabischen Welt oder in Asien und in Afrika völlig unbekannt"??

Bei dieser Behauptung K.K.s muß mensch sich schon fragen: Kann er nicht sehen oder will er nicht? Der Antisemitismus (Judenhaß) ist in den arabischen Ländern keineswegs einfach von außen her eingeschleppt worden, sondern hat auch dort eine tiefe sozialökonomische Basis, weil dort halbfeudalistische, abhängige Regimes und Strukturen herrschen. Deshalb ist es kein Wunder, daß der Großmufti von Palästina Amin Al-Husseini aktiv mit dem Hitlerfaschismus kollaborierte (und sich dabei natürlich betont "antizionistisch" gab!). Deshalb ist es auch kein Zufall, daß faschistische Kriegsverbrecher und Massenmörder wie *Brunner* heute als "Berater" in Syrien wirken. Oder ist es etwa kein Antisemitismus, wenn Ghaddafi 1986 die Wahl Waldheims in einem "Brief an das österreichische Volk" als "Akt gegen den internationalen Zionismus" begrüßt hat und "als Ehre für das österreichische Volk, weil damit der Anfang der Niederlage des Zionismus nicht nur in Österreich, sondern in der ganzen Welt gemacht wurde"? Auf solchen Antizionismus können wir gerne verzichten (die verbal-radikale Demagogie hinderte Ghaddafi zum Beispiel nicht, in der ersten Phase des Golfkriegs Waffen an den Iran zu liefern, der wiederum hinterücks Militärgeschäfte mit den reaktionären Machthabern in Israel abwickelte!).

3.) das Judentum: nur "Ausdruck für eine religion"??

K.K. erklärt die Judenfrage zur bloßen Frage des religiösen Glaubens. Dazu gehört schon eine sehr große Portion Ignoranz. Es stimmt nämlich keineswegs, daß die Juden immer und überall "volksmäßig" den jeweiligen Nationalitäten angehören. Es trifft zumindest nicht auf Teile des Ostjudentums zu. Denn dort, v.a. im zaristischen Rußland, hat die Judenfrage historisch auch Merkmale einer nationalen Frage angenommen. Es gab mehr oder weniger kompakte jüdische Siedlungsgebiete, es gab eine gemeinsame Sprache (Jiddisch). Die Bolschewiki hatten damals erkannt, daß diese Frage nur richtig angegangen werden konnte, wenn die Grundsätze des proletarischen Nationalitätenprogramms darauf angewendet werden. So brachte die bolschewistische Duma-Fraktion (die Duma war ein Parlament von des Zaren Gnaden) 1913 zur Entlarvungs- und Propagandazwecken einen Gesetzesentwurf ein "über die Aufhebung sämtlicher Beschränkungen der Rechte der Juden und überhaupt aller Beschränkungen, die mit der Abstammung oder mit der Zugehörigkeit zu irgendeiner Nationalität verbunden sind" (siehe Werke, Bd. 20, S. 234/235 und S. 280-282). Nach der Oktoberrevolution wurde beim Volkskommissar für die Fragen der *Nationalitäten* ein "vorläufiges Kommissariat für jüdische nationale Fragen" gebildet. In der KPdSU(B) bzw. erst der KPR(B) gab es auch eine jüdische Sektion. - Es ist natürlich undenkbar, daß es in einer Partei, die sich auf eine wissenschaftliche Weltanschauung gründet, eine katholische oder buddhistische Sektion geben könnte und folglich ist eindeutig, daß sich diese Sektion nur unter dem Blickwinkel der *nationalen* Emanzipation motivierte.

4.) die systematische Vernichtung von Millionen Juden - bloße "Erscheinungsform der Bevölkerungsfrage"??

In dem Kasten, welcher dem Interview mit K.K. offenbar beigelegt ist, um den Vorwurf des Antisemitismus abzufangen, tun sich in Wahrheit wahre Abgründe auf. Die Tendenz im Interview, den Umfang und die Tiefe des Problems des Antisemitismus zu minimieren, setzt sich hier in geradezu erschreckender Weise fort. Da ist die Rede von irgendeinem "jüdischen Partikularismus", ohne mit einem Wort zu er-

wähnen, daß die jahrhundertlange Politik der Judenverfolgungen und Diskriminierungen die Juden *mit Gewalt* ins Ghetto gesperrt und ihnen den Zugang zu den meisten Berufen verwehrt hat. Mit keinem Wort wird erwähnt, daß Judenpogrome veranstaltet wurden, um die Volksmassen zu verhetzen, um die Juden zu "Sündenböcken" zu stempeln, um einen "Blitzableiter" für Unzufriedenheit zu haben. Keinerlei Andeutung gibt es auch nur zur Klärung der Frage, welche historischen und sonstigen Voraussetzungen dazu führten, daß der Antisemitismus gerade in Deutschland, gerade durch den deutschen Imperialismus seine furchtbarste Wirkung entfalten konnte. Dies wird übergangen mit völlig absurden, pseudowissenschaftlichen Phantasereien über vom Imperialismus produzierte "Menschenüberschüsse", wo ich fast den Eindruck habe, daß die reaktionären, faschistischen, auf Malthus zurückgehenden Überbevölkerungs"theorien" für bare Münze ausgegeben werden.

Schließlich wird mit keinem Wort erwähnt, daß Judenvernichtung in diesem Jahrhundert die bisher beispiellose, geradezu industriemäßige, mit "deutscher Gründlichkeit" (und starker österreichischer Beteiligung!) organisierte Ausrottung von über 6 Millionen JüdInnen bedeutete. Offenbar soll dadurch die nach diesem Ereignis unglaubliche Behauptung plausibler erscheinen, "ohne Mühe" könnte mensch "ein paar Dutzend 'Judenfragen' aufzählen".

Fazit: Mir ist schleierhaft, wodurch der in der Vorbemerkung erwähnte Antisemitismusvorwurf beim TATblatt-Kollektiv ausgeräumt wurde, der als Grund für die Zeitverzögerung des Abdrucks angegeben wird. •

Dokumentation

Reaktion der autonomen Palästina-Gruppe auf den LeserInnenbrief der SympathisantInnen der MLPÖ (TATblatt -73) bzw. die Fußnoten der TATblattredaktion.

Der Marsch der MLPÖ und ihrer SympathisantInnen in den zionistisch-ideologischen Käfig.

oder

Der Euro-Chauvinismus sitzt in den Köpfen der Linken.

(autonome Palästina-Gruppe)

Die MLPÖ und ihre SympathisantInnen argumentieren irrational. Sie wollen den Haß gegen Menschen jüdischen Glaubens internationalisieren.

Der Artikel im TATblatt ist der Beweis, daß sie sich noch nicht mit den tatsächlichen ökonomischen / gesellschaftlichen Wurzeln des Hasses gegen Menschen jüdischen Glaubens beschäftigt haben, die der Kapitalismus produziert.

"...die Idee der 'jüdischen Nationalität' trägt offen reaktionären Charakter, nicht nur bei ihren konsequenten AnhängerInnen (den Zionisten; Anm.), sondern auch bei denen, die versuchen, sie mit den Ideen der Sozialdemokratie in Einklang zu bringen (den VertreterInnen des jüdischen Bundes in der SDAPR; Anm.)" (aus: Lenin Werke, Bd.7, S.90-91).

Die Menschen jüdischen und anderen Glaubens im arabischen Raum haben bis zum Zeitpunkt, in dem der Kolonialismus eingedrungen ist, in Frieden zusammengelebt.

Die MLPÖ versucht hier den Kampf gegen Zionismus und Imperialismus als Haß gegen Menschen jüdischen Glaubens zu konstruieren.

Es ist wichtig, hier klar zu stellen, daß der Haß gegen Menschen jüdischen Glaubens ein europäisches Phänomen ist (bzw. findet mensch das auch bei EuropäerInnen in Nordamerika, aber nicht bei den Völkern im Trikont; und wenn er dort auftritt, ist er vom europäischen oder us-amerikanischen Imperialismus importiert).

Einer von uns ist in Syrien aufgewachsen, in einer sehr religiösen Familie, die aus der Feudalherrschaft kommt. In Damaskus hat es nach der Ausrufung der "Unabhängigen Syrischen Republik" 1945 Demonstrationen gegen die Bildung des zionistisch-imperialistischen Projekts in Palästina ("Israel") gegeben. An diesen Demonstrationen nahmen sowohl Menschen jüdischen wie

auch anderen Glaubens teil. Ein Ausdruck der antizionistischen Haltung war es, daß während der Demonstration die zionistische Fahne verbrannt wurde. Daraus hat er gelernt, daß es ein Kampf gegen Zionismus und Imperialismus ist, aber nicht gegen Menschen jüdischen Glaubens.

Die reaktionären arabischen Regimes dienen sicherlich dem Imperialismus und seinen Interessen im arabischen Raum. Aber sie können niemals die Funktion des zionistischen Gebildes "Israel" übernehmen, weil sie auf unsicherem Boden sitzen, da es immer wieder zu Aufständen gegen sie und den Imperialismus kommt. Die imperialistischen Mächte brauchen einen sicheren militärischen Stützpunkt im arabischen Raum, um ihre Interessen durchsetzen zu können. Diesen haben sie sich mit der Bildung des zionistischen Gebildes "Israel" geschaffen (siehe dazu: "Israel, Vorposten des internationalen Monopolkapitals"; Rote Fahne Nr.79 vom 15.6.1967).

Unsere Erfahrungen zeigen, daß linke Gruppen wie z.B. die MLPÖ keine antizionistischen Positionen vertreten, weil sie behaupten, in einem Land wie Österreich und der BRD, wo der deutsche Faschismus Millionen von jüdischen Menschen im KZ ermordete, fördere mensch damit den Antisemitismus.

Diese Art von Faschismusaufarbeitung, diese "Kollektivschuld" soll das Verbrechen mystifizieren.

Richtig ist, namentlich von VerbrecherInnen in Wirtschaft und Industrie zu reden. Faschismus kommt von Kapitalismus. "Kollektivschuld" wird außerdem angeführt, wenn die Verbrechen "Israels" zur Diskussion stehen.

Die Funktion von Irrationalität wird manifest, wenn AntizionistInnen des "Antisemitismus" bezichtigt werden, und ihre Kritik mit diesem Vorwurf erstickt wird. Damit arbeiten sie den imperialistisch-zionistischen Interessen in die Hände. Der Zionis-

mus hat sein Ziel erreicht. Zionismus-Kritik wird zum "Antisemitismus".

Es wird heute mit dem Ausdruck "Kollektivschuld" bewußt, in Zusammenarbeit mit den ZionistInnen, versucht, die Verbrechen am palästinensischen Volk zu relativieren.

Das Schweigen über die Verbrechen "Israels", für die es innerhalb der letzten 25 Jahre von den Vereinten Nationen und deren Unterorganisationen über 1000 Mal (!) verurteilt wurde, zeigen, wie unsensibel die Offent-

Zum Begriff des "Nationalsozialismus":

Anmerkung zum Kleinstgeschriebenen im Kasten "Zusammenarbeit Zionismus und Faschismus", einer Anmerkung des TATblatt-Kollektivs in TATblatt -73.

Liebes TATblatt-Kollektiv, liebe Leute!

Wir fühlen uns richtig verstanden; wir merken, ihr habt aufmerksam gelesen. Das ist eine berechtigte Frage.

Nur eure Schlußfolgerungen sind falsch!

Es muß ein Bestandteil linker revolutionärer Politik werden, daß wir Begriffe der bürgerlichen Geschichtsschreibung nicht unhinterfragt übernehmen.

- "Nationalsozialismus" – so wird der Sozialismus insgesamt diffamiert, der Antikommunismus geschürt.
 - "Drittes Reich" – und er wird damit zur nationalen Sache erhoben.
 - "Nazis" – selbst Sprachbewußtere reden vom Faschismus in der nichtssagenden Kurzform "Nazis".
 - "NS-Zeit" – wie er damals verniedlichend benannt wurde.
 - "Hitlerherrschaft" – der Faschismus wird personalisiert, seine eigentlichen TrägerInnen und NutznießerInnen ausgeblendet.
- Deshalb schlagen wir den Begriff "deutscher Faschismus" vor!

lichkeit in den EG-Staaten und in Österreich in Fragen von Unterdrückung und Völkermord an außereuropäischen Völkern – hier am palästinensischen – geworden ist.

Zwischen dem rassistischen Staatsprinzip "Israel" und seinen Verbrechen gegen die Menschlichkeit besteht ein kausaler Zusammenhang. Rassismus erzeugt Faschismus. Die Anerkennung "Israels" rehabilitiert Rassismus und Faschismus. Hier setzt sich ein Grundsatz der Nazi-Ideologie durch: Menschen jüdischen Glaubens als eigene "Rasse" anzusehen (Blutschutzgesetz bzw. Nürnberger Rassengesetze; siehe weiter unten zu Antisemitismus). Hieraus legitimiert sich der Apartheidstaat "Israel". Die Anerkennung "Israels", oder gar die eigenen Regierungen, die seine Kriege und Ziele finanzieren, nicht genau in diesen Punkten anzugreifen, bedeutet keine Alternative zur Judenpolitik des deutschen Faschismus, sondern die Fortschreibung seiner Staatsprinzipien.

Wenn der "Arier-Staat" eine Lehre hinterlassen hat, dann in erster Linie diese: Nie wieder rassistische Staaten, auch nicht in Palästina. Zionismus hat mit Nazismus die Rassenlehre und die daraus abgeleitete Logik gemeinsam.

Zum "Antisemitismusbegriff":

Ein rassistischer Begriff, der die Menschen in "SemitInnen" und "NichtsemitInnen" teilt. Es gibt aber nur eine Rasse, das ist der Mensch. Und selbst, wenn wir diese rassistische Logik übernehmen würden, wären die AraberInnen SemitInnen, und nicht die Menschen jüdischen Glaubens (die Nazis teilten in jüdische und arabische SemitInnen).

Der Begriff "Antisemitismus" wurde erstmals von Professor Titcherke, einem Professor an der Universität Berlin, von einem Reaktionär und Rassist, im Jahre 1830 geprägt. Also sagt in Zukunft "antijüdisch", "Judenhaß" oder eine andere Beschreibung. Das Phänomen, das als "Antisemitismus" bezeichnet wird, unterscheidet sich grundsätzlich von antijüdischen Pogromen im Mittelalter, z.B. während der Kreuzzüge. Es ist absolut unhistorisch, von jahrhundertlangem "Antisemitismus" zu sprechen. Dieses Phänomen, das so umschrieben wird, hat im Imperialismus nicht nur "Sündenbockfunktion", sondern wird auch zu dem Zweck geschürt, um Leute zur Auswanderung nach Palästina zu zwingen. Wer auf dieses Argument mit Bauchweh reagiert, hat das Wesen des Zionismus nicht kapiert.

Rassismus ist, wenn sich Menschen auf Leiden von Weißen betroffen zeigen, aber gleichgültig reagieren auf Terror gegen außereuropäische Völker.

Aime Cesaire kritisiert den europäischen Antifaschismus folgendermaßen: "Ja, es wäre sicherlich der Mühe wert, (...) dem ach so humanen, ach so christlichen Bürger des 20. Jhdts. mitzuteilen, (...) daß im Grunde das, was er Hitler nicht verzeiht, nicht das Verbrechen an sich, das Verbrechen am Menschen, daß es nicht die Erniedrigung des Menschen an sich, sondern daß es das Verbrechen gegen den weißen Menschen ist, daß es die Demütigung des Weißen ist und die Anwendung kolonisatorischer Praktiken auf Europa, denen bisher nur die AraberInnen Algeriens,

die Kulis in Indien und die Schwarzen Afrikas ausgesetzt waren" (Aime Cesaire: Über den Kolonialismus; 1955).

Für die unterjochten Völker hat das "dritte Reich" weder 1933 begonnen noch 1945 aufgehört; für das palästinensische Volk besteht es heute noch. Cesaire stellt den Faschismus in die Kontinuität der kolonialen Greueltaten des

europäischen Imperialismus, während die europäischen Antifaschistinnen das Verbrechen an Weißen anders sehen als das an Schwarzen. Cesaire prangt die stillschweigende Komplizenschaft jener "Antifaschistinnen" mit dem Imperialismus an. Allein der deutsche General Jens Peter ließ mit einem Befehl 60 000 Afrikaner-

rinnen ermorden, doch sah sich keiner bis heute veranlaßt, die Greuelakte an Schwarzen Holocaust zu nennen. Ein Ausdruck, der offensichtlich nur Weißen vorbehalten ist.

Sind die Verbrechen der Zionisten in Dair Yassin, Kafir Qasim, Dawayma, Sabra, Schatilla und ihre täglichen Massaker an Palästinenserinnen kein Holocaust? Sind Ansar I, II und III keine KZ?

*Die Fronten sind klar,
die Bunkers stehen,
jeder reißt sich ein
wo sie/er hingehört.*

autonome Palästina-Gruppe •

... weitere Leserbriefe:

Liebe TATblatt-Redaktion!

Nochmals zu Kharam Khella:

... Jetzt zu Euch von der "autonomen Palästina-Gruppe":

Jetzt habt ihr endlich die Katze aus dem Sack gelassen, Ihr Säcke! Nein! Die Gefangenenlager für Palästinenser in der Negerwüste sind keine Konzentrationslager! Um eine so dumme rhetorische Frage zu stellen, wie ihr es tatet, braucht mensch schon eine gehörige Portion Dämlichkeit.

Was immer auch an Greuel und Schrecken in diesen Lagern oder in den besetzten Gebieten geschehen mag, reicht das doch noch lange nicht an das heran, was während des deutschen Faschismus mit Juden und anderen geschah. Noch lange nicht!

Ich weiß schon, die Versuchung ist groß, in berechtigter Empörung über ein Unrecht sich drastischer, überspitzter Vergleich, die das besondere Ausmaß des Unrechts ausdrücken sollen, zu bedienen. Der Vergleich der israelischen Gefangenenlager mit den KZ soll das durch alltägliche Greueltaten abgestumpfte Publikum aufrütteln: Was da passiert, sei so schlimm wie das Schlimmste, was der Menschheit an Greuel je angetan worden sei, so arg wie das größte Menschheitsverbrechen, der Holocaust.

Solches mag der Agitation vielleicht nützlich sein, der palästinensischen Aufklärung ist es das nicht. Es kommt zu

einer Entwertung des Faschismusvorwurfes, zur Inflation der KZ- und Holocaustvergleiche. Alles und jedes wird um der billigen Effekthascherei willen, mit dem Faschismus verglichen: Wenn zB die Polizei prügelt...: "Das ist faschistisch." - Quatsch, das ist der ganz normale Alltag des bürgerlichen Staates. Wenn der Staat Israel tausende Palästinenser in der Wüste in Zeltlager einsperrt...: "Das ist KZ!" - Quatsch! das ist der ganz normale Kolonialismus. Habt ihr vielleicht eine Ahnung von der Realität der KZ!

Die KZ mit den israelischen Gefangenenlagern zu vergleichen, heißt, den Faschismus zu verharmlosen!

"Wenn ihr den KZ auch nicht schlimmer zugegangen ist, na dann kann das doch nicht so arg gewesen sein.", wird dann daraus geschlußfolgert. Genau davon bemühen sich die Faschisten schon lange die Leute zu überzeugen: Daß das alles nicht so schlimm gewesen sei... Und ihr leistet diesem Unterfangen Vorschub, leistet Schutzhilfe, wenn ihr mitschreit, wenn es darum geht, zu behaupten, daß die Nazis den Juden auch nichts ärgeres angetan hätten, als diese den Palästinensern. Ihr unterstützt die Gleichstellung von Opfern und Tätern.

Tja, die Fronten sind halt nicht so klar, wie ihr meint, die Verhältnisse sind komplizierter, als ihr es Euch träumen laßt. "Gut oder böse" als Hauptkategorien Eurer politischen Analyse werden Euch scheitern lassen.

N.R. •

Liebe TATblatt-Redaktion!

Vor die Wahl gestellt, Euch wegen der Veröffentlichung des Interviews mit Karam Khella in Nr. 74 & 73 das Abo zu kündigen - mein erster Gedanke nach der Lektüre - oder Euch einen Brief zu schreiben, habe ich mich in meinem (weil ich eigentlich nicht auf das TATblatt verzichten will) & Eurem Interesse für weiteres entschieden. Obwohl ich eigentlich schon länger mit so etwas gerechnet habe - schließlich führen auch die Autonomen in der BRD ihre "antizionistischen Kampagnen" mit deutlich antisemitischen Untertönen - , bin ich doch einigermaßen bestürzt darüber, daß ausgerechnet das TATblatt solchen antisemitischen Ausfällen

Platz einräumt.

Wer wie K.K. das israelische Volk als solches und ganzes zu einem Volk von Ausbeutern macht ("Der Aufstand des palästinensischen Volkes ist ein Aufstand Ausgebeuteter gegen die Ausbeuter"), der vergißt nicht nur, daß es auch in Israel zB eine israelische Arbeiterklasse gibt, und auch die Palästinenser bzw andere arabische Völker keine klassenlose Gesellschaft sind, sondern er befindet sich damit auch (ob absichtlich oder unabsichtlich, das ist zweitrangig) im ideologischen Einklang mit den Faschos.

• • •

... Was K.K. und die "autonome Palästina-Gruppe" zur angeblichen "Zusammenarbeit von Zionisten und Faschisten" und über die Wiedergutmachungszahlungen zu vermeiden haben, entspricht inhaltlich einer Gleichsetzung von Zionisten und Faschisten ("Ein Pack wie das andere", "Die haben ja selber mitgemacht" und "Damit waren sie auch selber schuld")

und dem Spruch:

"Die Juden haben vom Holocaust eh nur profitiert", bekannt als Stehsatz rechtsextremer Propaganda.

Die Seiten mit dem Interview mit K.K. sind wahrlich keine Ruhmes(TAT-)blätter!

N.R.

•

Das folgende Interview mit Karam Khella entstand nach einem Seminar mit dem Thema »Der Zionismus als ein Produkt der imperialistischen Interessen im arabischen Raum«.

Das ahistorische Verhältnis der Linken, die Zionismus als das Werk von Idealisten, und Faschismus als das Werk von Durchgeknallten darstellen, ohne den Zusammenhang von Imperialismus und imperialistischer Logik herzustellen, stellt uns in der antlmperialistischen Internationalismusarbeit vor die Aufgabe ein genaues Verhältnis zum Zionismus zu entwickeln.

Solidaritätsarbeit mit dem palästinsischen Volk und der Intifada bedeutet auch die zionistische Propaganda zu entlarven

und die imperialistischen Interessen an dem zionistischen Gebilde (=Israel*) in Palästina und weltweit aufzuklären.

Der Artikel erscheint deshalb mit einer Zeitverzögerung von 3 Monaten, weil wir vorher noch mit dem TATblatt-Kollektiv den Antisemitismusvorwurf diskutieren mußten.

Einstweiliges Resultat der Diskussion mit dem TATblatt-Kollektiv sind die Anmerkungen, Fußnoten und Buchempfehlungen, die wir dem Interview beifügen, und der Wunsch eine genaue Diskussion zum Thema Antisemitismus und Imperialismus zu führen.

Autonome Palästina-Gruppe Wien

Der Zionismus

als ein Produkt der imperialistischen Interessen im arabischen Raum

(TEIL 2)

Ein anderes Thema jetzt: Sykes Picot Abkommen war zwischen Frankreich und England. Kurze Zeit später war die Balfour Declaration. Kannst du die Balfour Declaration näher erläutern?

Als die beiden Kolonialmächte England und Frankreich in etwa absahen konnten, daß der 1. Weltkrieg zu ihren Gunsten ausgehen würde, mit anderen Worten, daß Deutschland als Besiegter, sie hingegen als Sieger hervorgehen würden, haben sie damit begonnen, die Welt unter sich zu teilen. Der Name der Aufteilung der Welt unter den beiden Kolonialmächten England und Frankreich trägt den Namen Sykes Picot, benannt nach den beiden Unterhändlern. Natürlich haben sie die Welt in der Annahme und in der Hoffnung geteilt, daß sie langfristig unter ihrer Herrschaft bleiben würde. Deshalb ist also Sykes Picot nicht allein beschränkt auf den arabischen Raum, sondern streckt sich bis Afrika, Asien, und schaffte Probleme, die bis zum heutigen Tag noch andauern. 1917 (Sykes Picot stammt aus dem Jahr 1916) beginnt England damit, die Erfolge und gewinne des 1. Weltkrieges für sich zu realisieren. Im November 1917 war der Krieg entschieden, obwohl er noch nicht zu Ende war, aber es war ganz klar, daß England hier Hauptsieger sein würde. Das Datum der Balfour Declaration spricht auch eine ganz eindeutige Sprache, es ist kein zufälliges Datum, am 2. November 1917 war die Revolution in Rußland eingeleitet, und die

war ja ganz kurz. In 10 Tagen war das Kräfteverhältnis in der Sowjetunion zugunsten der Bolschewiki umgekrempelt worden. Der Kapitalismus im Westen war entschlossen, das Rad der Geschichte in der Sowjetunion zurückzudrehen, und brauchte auch unter diesem Aspekt Israel. So hat der englische Außenminister Balfour eine Erklärung — genauer handelte es sich dabei um einen Brief, den er an seinen Freund Rothschild, als Chef der Jewish Agency, also als politischer Vertreter der zionistischen Bewegung — die Errichtung einer sogenannten nationalen Heimstätte für die Juden. Mit anderen Worten hat England mit diesen Mitteln das zionistische Projekt in die Realität umzusetzen, zu verwirklichen.

Das ist jetzt schon bekannt geworden, daß das faschistische Deutschland mit den Zionisten zusammengearbeitet hat. Die Zionisten behaupten heute, daß das notwendig war, um das Leben der Juden zu retten. Am Anfang dieser Zusammenarbeit stand das Havara-Abkommen. Um was handelt es sich dabei?

Am Anfang versuchten die Zionisten die Enthüllungen über die Zusammenarbeit mit den Nazis zu verleugnen, zu falschen, lächerlich zu machen. Das ist ihnen nicht gelungen. Immer mehr Dokumente sind bekannt geworden, die diese Zusammenarbeit bekunden. Diese Zusammenarbeit hat nicht die Form einer Zufälligkeit,

Die sogenannten Wiedergutmachungszahlungen oder Reparationszahlungen seitens der BRD direkt an das zionistische Gebilde »Israel« sind als ein imperialistisches Projekt zur Sicherung der Existenz des Staates »Israel« zu verstehen. Nach den USA ist die BRD der zweitgrößte Geldgeber; im Zuge der Wiedergutmachungszahlungen, von 1953 (unter der Adenauer-Regierung gesetzlich abgesegnet) bis 1984 wurden 7,5 Milliarden Dollar bezahlt. Auf der anderen Seite bekamen sehr wenige Menschen jüdischen Glaubens, die als Opfer des faschistischen Nazi-Regimes anerkannt wurden, Entschädigungszahlungen. Diese kamen auch nur aufgrund massiver Proteste seitens jüdischer Gemeinden zustande.

und ist auch nicht dadurch begründet gewesen, jüdisches Menschenleben zu retten, sondern im Gegenteil. Das war ein gemeinsames Interesse von Nazis und Zionisten in Grundfragen. So steht das Havara-Abkommen als ein gutes Beispiel für die organische Interessensidentität von Nazis und Zionisten. Das Havara-Abkommen ist kurz nach der faschistischen Machtergreifung in Deutschland geschlossen worden, also schon 1933, zwischen den Vertretern Nazideutschlands auf der einen Seite, und den Vertretern der Jewish Agency, als den politischen Vertretern des Zionismus auf der anderen Seite. Dieses Havara-Abkommen organisiert die Vertreibung der Juden aus Deutschland, und

zwar zu einem Zeitpunkt, an dem diese Politik noch nicht anstand. Das heißt im Prinzip, daß die Jewish Agency erreichen wollte, daß die Juden aus Deutschland vertrieben werden mußten. Dies hört natürlich kein Zionist sehr gerne. Das Havara-Abkommen sieht vor, daß Deutsche jüdischen Glaubens ihren Besitz gegen einen Gegenwert auflösen. Dieser Gegenwert wird bei der Zentralstelle der Deutschen Auswanderungsbehörde hinterlegt. Dieses Geld können sie nur unter der Bedingung bei der Deutschen Auswanderungsbehörde wiederbekommen, wenn sie nach Palästina auswandern. Wandern sie nicht nach Palästina aus, sondern woandershin, kriegen sie ihr Geld nicht mehr. Das heißt, der Zionismus wollte mit Hilfe des Havara-Abkommens erreichen, daß Juden nach Palästina kommen, und nicht etwa, daß damit Menschenleben gerettet werden.

Die BRD hat angeblich nach dem 2. Weltkrieg Wiedergutmachungszahlungen an jüdische Opfer des deutschen Faschismus gezahlt. An welche Leute ist das Geld wirklich gegangen?

Die BRD hat Wiedergutmachungszahlungen geleistet, aber nicht an die Verfolgten jüdischen Familien oder Menschen, sondern diese Mittel wurden an den Staat Israel gezahlt. Der Staat Israel hat zur Zeit der Nazis nicht bestanden, das ist eine Gründung des Jahres 1948. Der Staat Israel hat nicht gelitten unter den Naziverbrechen. Gelitten haben jüdische Familien. Nun hat also die BRD einvernehmlich mit Israel dem Staat Israel ein Alleinvertretungsrecht für die Juden erklärt, und damit habe sie den Vorwand geschaffen, Israel aufzurüsten und stark zu machen, damit Israel seine imperialistische Funktion in der Region wahrnehmen kann, und das auf

Die Zusammenarbeit der Zionisten mit den deutschen Faschisten

(aus »Mythos Kibbuz« von Ali Tahir; Seiten 16,17)

Es gab von Anfang an Übereinstimmung von Prinzipien zwischen »Antisemitismus« in Europa und der zionistischen Bewegung, weil der »Antisemit« die jüdische Präsenz in der europäischen Gesellschaft loswerden will, und der Zionist arbeitet für das gleiche Ziel, um die jüdische Präsenz von Europa nach Palästina zu verlegen.

Diese Übereinstimmung beherrscht alle diplomatischen Aktivitäten, die die zionistische Bewegung seit ihrer Gründung 1897 unternahm. Theodor Herzl betrachtete den Antisemitismus als eine nützliche »treibende Kraft«, die die Juden zwingen würde, von Europa nach Palästina zu emigrieren, um die kolonialistischen Ziele des Zionismus zu erreichen. Herzl verbündete sich immer mit führenden »Antisemiten« in Europa, wie z.B. Wenzel von Pheve, dem Innenminister im zaristischen Rußland.

Als die »nationalsozialistische Partei«, geführt von Adolf Hitler, in Deutschland an die Macht kam, fanden die Zionisten darin eine goldene Möglichkeit, ihre Pläne auszuführen. Sie begannen unmittelbar Verhandlungen mit der Nazi-Regierung und die beiden Seiten erzielten ihr erstes Abkommen im August 1933 (Havara-Abkommen) d.h. weniger als 8 Monate nach der Machtergreifung Hitlers. Dieses Abkommen regelte Vereinfachungen für den Transport von jüdischem Kapital von Deutschland nach Palästina. Im Jahre 1938, als die Faschisten Österreich anektierten, schickte die zionistische Bewegung zwei ihrer Mitglieder nach Berlin und Wien. In Berlin unterzeichnete der Zionist Pinhas Ginsberg ein Geheimabkommen mit der GeStaPo. In Wien unterzeichnete Moshe Bar-Gilad ein ähnliches Abkommen mit Adolf Eichmann, dem Leiter des jüdischen Auswanderungsbüros in Wien. Diese zwei Abkommen sahen die Ausbildung von jungen Zionisten in Speziallagern in Deutschland und

Österreich durch Nazi-Ausbilder vor, und anschließend ihre Reise nach Palästina, wo sie sich in den terroristischen Organisationen wie Haganah und Irgun organisieren würden. Die zionistische Bewegung verpflichtete sich als Gegenleistung zum Transfer von der größtmöglichen Anzahl von deutschen und österreichischen Juden, und alle Reisekosten dieser Emigranten zu tragen. Diese zwei Abkommen blieben gültig bis zum Jahre 41. Somit half das faschistische Deutschland bei der Ausbildung der zionistischen Siedler in terroristischen Methoden, die sie in der Folge verwendet haben, um das palästinensische Volk zu vertreiben und sein Land, Palästina, zu besetzen.

Was bitte, soll das bedeuten, daß hier ausgerechnet die Begriffe Antisemitismus und Nationalsozialismus unter Anführungszeichen stehen? Etwas, daß das nur Propagandaerfindungen der Zionisten sind?

Wenn es deswegen unter Anführungszeichen steht, weil Antisemitismus sachlich falsch ist, weil der Begriff Semit eigentlich nicht Jüdin bedeutet, sondern mehrere Palästinenserinnen, wie ihr es uns mündlich mal erklärt habt, dann gehörte denn auch hier irgendeine Auslegung. In dieser Form sind uns die von uns geforderten Erklärungen zu wenig. Am des TAT-Blatt-Kollegen.

dem Rücken verfolgter, ausgeraubter, deutscher Juden, deren Besitz in Nazi-Deutschland beschlagnahmt wurde. Die Juden, die in der BRD leben, kriegen keine Mittel aus der Wiedergutmachung. Alle diese Wiedergutmachungszahlungen in Milliardenhöhe gingen an Israel. Schon

ganz am Anfang der zionistischen Staatsgründung bekam Israel von der BRD die Kriegsmarine und die Handelsmarine ausgeliefert, geschweige denn von den Waffenarsenalen. Und das hieß im bundesdeutschen Sprachgebrauch Wiedergutmachung. ...

1) Grundlegend falsche Standpunkte im Interview mit Karam Khella (Teil 2)

Teil 2 des Interviews läßt sich im wesentlichen reduzieren auf die These von der angeblichen »Organischen Interessensidentität von Nazis und Zionisten«.

Der unhaltbaren, völlig undifferenzierten Verabsolutierung des Zionismus, seiner Gleichsetzung gar mit dem deutschen Faschismus müssen einige Tatsachen über die Entwicklung der zionistischen Idee entgegengehalten werden. Grob lassen sich dabei drei Phasen feststellen, die natürlich auch Überschneidungen haben.

Erste Phase: Entgegen weitverbreiteten Vorurteilen war die Idee des Zionismus keineswegs nur in Westeuropa und keinesfalls nur unter den Vertretern der Bourgeoisie populär. Gerade in Osteuropa und in Rußland hatte die organisierte sozialistische Bewegung seit Beginn des 20. Jahrhunderts z.B. mit sogenannten »zionistischen Sozialisten« zu kämpfen, die eine Ideologie der künstlichen Absonderung der jüdischen Arbeiterinnen und Arbeiter propagierten und dies mit der idealistischen Konstruktion

einer »einheitlichen jüdischen Nation« rechtfertigten. Diese Anschauungen wurden nicht wegen »Rassismus« bekämpft, sondern wegen der darin enthaltenen Idee der Absonderung vom Gesamtstrom des Klassenkampfes.¹

Andere:seits verhandelten in Westeuropa bereits in dieser Phase Wortführer und Ideologen der zionistischen Idee offen mit den herrschenden Klassen der imperialistischen Großmächte zwecks Durchsetzung der Gründung eines eigenen Staates in Ver-

bindung mit deren imperialistischen Politik.
In der zweiten Phase muß vor allem auch der Einschnitt der Judenverfolgung durch die Hitlerfaschisten in ganz Europa gesehen werden.

Nachdem die damals sozialistische Sowjetunion den Jüdinnen und Juden völlige nationale Gleichberechtigung gegeben hatte (aufblühendes Schulwesen und Entstehung vieler Theater, jüdische Sowjets usw.), und nachdem ein autonomes jüdisches Gebiet in Birobidjan geschaffen worden war und somit entscheidende Schritte zur Lösung der Judenfrage getan waren, zeigte sich auf dem anderen Pol, dem deutschen Faschismus, die bisher größte organisierte Maschinerie der Massenvernichtung gegenüber den Jüdinnen und Juden.

In dieser Zeitspanne, besonders bedingt durch die Antihitler-Koalition zwischen der damals sozialistischen UdSSR, Amerika, England sowie durch die erforderliche breite antifaschistische Bündnispolitik der verschiedenen kommunistischen Parteien wurden auch die verschiedenen zionistischen Organisationen, besonders in Polen, in den Kampf gegen den Hitlerfaschismus hineingetrieben.²

Auch wenn verschiedene Vertreter zionistischer Organisationen, besonders in Deutschland, eine Politik der Absprache mit den Hitlerfaschisten bis tief in die dreißiger Jahre oder noch länger betrieben hatten, auch wenn verschiedene Führer zionistischer Organisationen auf der Basis der faschistischen Erpressung in die nazistische Todesmaschinerie hineingezogen wurden und sich zu Kollaborateuren entwickelten, wäre es absurd und eine historische Fälschung, die zionistische Bewegung dieser Zeit überhaupt als "profaschistisch" einzustufen.³

In der dritten Phase, d.h. heute tritt der Zionismus überwiegend als besondere Form der Staatsideologie des reaktionären Staats Israel, als gegen die palästinensische Bevölkerung gerichtete, rassistisch gefärbte Ideologie in Erscheinung, als aggressive Ideologie eines Staates, der als ein Werkzeug des Imperialismus zur Unterdrückung der arabischen Bevölkerung, besonders des palästinensischen Volkes herhält.

Die Entlarvung dieser aggressiven und imperialistischen Funktion des Zionismus ist ein Gebot der Solidarität mit dem palästinensischen Volk. Und selbstverständlich ist es übel, dies als antisemitisch zu denunzieren. Allerdings erfordert die antiimperialistische Solidarität mit dem Befreiungskampf in Palästina in der Tat einen entschlossenen Kampf gegen den Antisemitismus⁴, da die gänzlich unzulässige Gleichsetzung der Juden mit dem Staat Israel allzu oft Teil faschistischer und halbfaschistischer Attacken ist. Es ist unbedingt nötig, stets so genau wie möglich zu sagen und aufzugliedern, was gemeint ist, wenn wir heute die herrschende Klasse Israels, ihre Politik und Ideologie, als Teil des Weltimperialismus anprangern und angreifen.

2) Zur Debatte über das Interview mit K.K.

"Wie von der Tarantel gestochen" hat die autonome Palästina-Gruppe auf meinen Leserbrief zum Teil 1 des Interviews mit K.K. reagiert. Leider haben sie sich einer ernsthaften Auseinandersetzung nicht gestellt und Zuflucht gesucht bei plumpen Verleumdungen und Verdrehungen gegen die MLPO. Vieles ist auch gar nicht zu verstehen, weil nicht argumentiert wird, weil einfach Behauptungen aufgestellt werden, die völlig aus der Luft gegriffen sind. Dies gilt zum Teil auch für andere Stellungnahmen. Z.B. unterschreibt Roland K. der MLPO, sie würde "die Legende von der Kollektivschuld" verbreiten. Das ist völlig frei erfunden.⁵

Im übrigen müßte eigentlich erwartet werden können, daß dann, wenn es um meinen Text geht, auch dieser kritisiert wird. Wenn die MLPO kritisiert werden soll, dann sollten die Publikationen der MLPO kritisiert werden.

Doch nun zu den inhaltlichen Punkten:

1) Nochmals zur Frage, ob jüdisch immer und unter allen Umständen nur "Ausdruck für eine Religion" sei.

Der springende Punkt bei der Diskussion über die Judenfrage in Rußland damals wird nicht verstanden: die Unterscheidung zwischen Nation und Nationalität. Lenins Kritik an der (zionistischen) "Idee" einer eben nicht existierenden jüdischen Nation ist eine Sache. Die nachgewiesene Tatsache, daß Lenin, daß wirkliche Revolutionäre und Kommunisten dennoch innerhalb der Sowjetunion immer von der Existenz einer jüdischen Nationalität ausgegangen sind, ist eine andere Sache. Warum ist es so schwer, diese nachgewiesene Tatsache anzuerkennen, darüber zu diskutieren, und was soll es bringen, stattdessen Verwirrspiele mit unverständlichen Zitaten zu betreiben? Lenin hat jüdischen Nationalismus abgelehnt, nicht aber die Tatsache, daß die Juden in Rußland Merkmale einer eigenen Nationalität hatten. Die Schaffung eines eigenständigen Gebietes, Birobidjan, oder die Existenz einer jüdischen Sektion der KPR(B) wird einfach nicht zur Kenntnis genommen. In der Sache kapituliert die autonome Palästina-Gruppe faktisch und erweist sich als völlig hilflos den genannten Tatsachen und Fakten gegenüber.⁶

2) Zur Frage der Rolle Israels und der arabischen Staaten

Im Teil 1 hat K.K. behauptet, daß "durch Israel" die Interessen der Imperialisten in der "Arabischen Region" aufrechterhalten

würden. Die autonome Palästina-Gruppe muß immerhin zugeben: "Die reaktionären arabischen Regimes dienen sicherlich dem Imperialismus und seinen Interessen im arabischen Raum." Na also.

Daß diese reaktionären Staaten nicht dieselbe Funktion übernehmen können wie Israel ist wahr, genauso wie Israel nicht die Funktion Syriens oder des Irak übernehmen kann, z.B. bei der Unterdrückung und Massakrierung der Kurden. Jedes dieser reaktionären Regimes hat seine Rolle im imperialistischen Weltssystem, in der Strategie der imperialistischen Groß- und Kleinmächte (darunter Österreich). Da gibt es Besonderheiten, aber keinen prinzipiellen Unterschied.

Die Stellungnahme der autonomen Palästina-Gruppe drückt sich getreulich um die Frage, ob es neben den reaktionären arabischen Staaten heute auch noch fortschrittliche, antiimperialistische Staaten gebe. In der Tat behauptet K.Khella genau das. Neben Libyen bezeichnet er Nordjemen und "in gewissem Grad Algerien und Syrien" wörtlich als "antiimperialistische Staaten".⁷

Das macht deutlich, daß es eben nicht um die Einschätzung dieser oder jener Besonderheit geht, sondern um die Verfälschung des reaktionären Klassencharakters dieser Staaten.⁸

Eine Revolution durchführen und unterstützen kann nur, wer genau zwischen Freund und Feind zu unterscheiden weiß. Wer die arabische Reaktion, an deren Händen auch das Blut tausender Palästinenser klebt, zu "Verbündeten" erklärt oder deren reaktionäre Rolle vertuscht, kann mit der Intifada nicht wirklich solidarisch sein!

3) K.K. behauptet, der Antisemitismus sei "ein ausschließlich europäisches Phänomen". Dies habe ich mit einigen Belegen widerlegt. Die TATblatt-Redaktion versucht diese Belege damit zu entkräften, daß es sich bei Ghaddafi, bei den Machthabern in Syrien, dem Verbündeten des deutschen Faschismus Amin Al-Husseini usw. um Angehörige der herrschenden Klasse und nicht des Volkes handelt. Aber dieser Hinweis ist leider nur geeignet, das Problem zu bagatellisieren. Der Antisemitismus wird dort wie überall sonst auch selbstverständlich von den Herrschenden geschürt. Doch würde dem Kampf ein wahrer Barendienst erwiesen, wenn der Einfluß und die Gefährlichkeit reaktionärer Ideologien und Kräfte von vornherein herabgespielt oder überhaupt abgestritten würde.⁹ Es gibt nämlich keinen Automatismus, daß die militanten Tageskämpfe in Palästina (oder sonstwo) schnurstracks und unbedingt eine siegreiche Revolution einmünden.

Das Beispiel des Iran sollte zu denken geben. 2 oder 3 Jahre vor dem Machtantritt der reaktionären Kräfte um Khomeini haben diese im Iran sicherlich auch keinen entscheidenden Einfluß gehabt und die Volksmassen haben jahrelang einen unerhört opferreichen Kampf geführt. Dennoch kam nach dem Sturz des Schah-Regimes dann neuerlich eine faschistische Diktatur heraus.

Auch in Palästina, auch innerhalb der Intifada gibt es "islamisch-fundamentalisti-

sche" Kräfte. Und es geht auch nicht nur um sie. Auch die PFLP z.B. hat zumindest 1986 noch Syriens Unterstützung für die angebliche "Revolution" im Iran gepriesen¹⁰ und das faschistische Regime in Syrien selbst als Verbündeten bezeichnet, ebenso wie sie die heutigen russischen imperialistischen Machthaber als "wahre Freunde" hingestellt hat.¹¹ Und wie ist es eigentlich zu verstehen, daß die PLO kürzlich im Wiener Albert-Schweitzer-Haus Proteste gegen das Auftreten der FPÖ-Schmid auf einer PLO-Veranstaltung gewaltsam unterdrückt hat?

Sind das Argumente gegen die Unterstützung der Intifada? Keineswegs. Nur: wer dies alles ignoriert, vertuscht und rechtfertigt, sabotiert in Wirklichkeit die Unterstützung des Befreiungskampfes in Palästina, der nur bei klarer Erkenntnis aller Feinde siegen kann!

Der heldenhafte Kampf des palästinensischen Volkes gegen die israelischen Besatzer hat unsere Solidarität nötig. Es wird wirklich viel zuwenig hier in Österreich dazu getan, diesen Kampf zu propagieren, auszuwerten und direkt zu unterstützen. Dafür sind gute Argumente nötig und wirkliche Aufklärung. Die Standpunkte des autonomen Palästina-Komitees behindern die Entwicklung einer solchen nötigen Solidaritätsarbeit, wirken nur abschreckend und sind in Wahrheit eine einzige Katastrophe, so wie das ganze pseudowissenschaftliche Gerede des K.Khella, der offensichtlich mehr und mehr als Referent vor den reaktionären Staaten der arabischen Liga aktiv ist (siehe TATblatt minus 74), als wirklich konsequent den Kampf des palästinensischen Volkes zu unterstützen.

25.4.90 X.M., Sympathisant der MLPÖ

1 Siehe dazu insbesondere Lenin-Werke Bd.6, S.324-329 und Bd.7, S.47-53 und S.82-93.

2 Ingrid Strobl beschreibt in ihrem Buch

"Sag nie, du gehst den letzten Weg" – Frauen im bewaffneten Widerstand gegen Faschismus und deutsche Besatzung" sehr eindrucksvoll, wie die damalige KP Polens Seite an Seite mit jüdischen, darunter auch linkszionistisch orientierten Kräften den bewaffneten antifaschistischen Kampf führten.

Völlig falsch ist die Behauptung in dem Leserbrief "4 Punkte" im TATblatt minus 71, daß es sich dabei nur um nicht-zionistische jüdische WiderstandskämpferInnen gehandelt hat. Hat der Verfasser oder die Verfasserin das Buch eigentlich gelesen? Dort wird auf dutzenden Seiten unübersehbar beschrieben, daß die damalige KP Polens gemeinsame antifaschistische Widerstandskomitees auch mit linkszionistischen Organisationen gebildet hat (vgl. besonders S.182 ff).

3 Bezeichnend ist ja auch, woher K.K. und Co. ihr Zeug herhaben. Sie haben es direkt beim sogenannten "Antizionistischen Komitee der sowjetischen Öffentlichkeit" abgepinselt, also völlig unkritisch aus der zutiefst antisemitischen Quelle der heutigen Moskauer Machthaber übernommen (wörtlicher Abdruck dieses Zeugs auch in "Al Kharamar").

4 Die Bedeutung des Begriffs Antisemitismus ist unter revolutionären Kräften von jeher klar. In seiner bekannten Schallplattenaufnahme "Über die Pogromhetze gegen die Juden" sagte Lenin z.B.: "Antisemitismus nennt man die Verbreitung von Feindschaft gegen die Juden." (Werke Bd.29, S.239)

5 Siehe dazu den Artikel "Zur Frage der Mitschuld des Volkes an den Verbrechen der herrschenden Klasse" im Sonderdruck von 4 Artikeln aus der "Roten Fahne" vom Juni 1987. Dieser Sonderdruck kann unentgeltlich angefordert werden bei: Zentraler Literaturdienst, Postfach 582, 1150/9 Wien.

6 In dem Beschluß des 10. Parteitags der KPR(B) vom März 1921 heißt es eindeutig und den Tatsachen entsprechend, und kann das wohl selbst von Roland K. kaum "weginterpretiert" werden:

"Außer den genannten Nationen und Völkern, die eine bestimmte Klassen-

struktur aufweisen und ein bestimmtes Territorium bewohnen, gibt es in der RSFSR noch einzelne lose nationale Gruppen, nationale Minderheiten, die in kompakte Mehrheiten anderer Nationen eingesprenkelt sind und in den meisten Fällen kein bestimmtes Territorium besitzen (Lettin, Esten, Polen Juden u.a.)." (Zitiert nach Sammelband: Stalin: Der Marxismus und die nationale und koloniale Frage, Köln 1976, S.379).

Anzumerken ist, daß Lettland und Estland damals nicht zur UdSSR gehörten, hier also nicht von der sehr wohl existierenden lettischen und estischen Nation die Rede ist, sondern von Angehörigen dieser Nationalitäten auf dem damaligen sowjetischen Territorium.

7 Siehe K.K., "Libyen – Soziale Revolution und imperialistische Aggression", S.120.

8 Auf dieser Linie liegt auch Roland K. Wie könnte er sonst jedem die Sympathie mit den Befreiungsbewegungen der Völker dieser Region absprechen, welcher die arabischen Staaten allesamt als vom Imperialismus abhängige reaktionäre, halbfeudalistische Staaten einschätzt. Hier liegt ja der Hund begraben. Ganz im Sinn der konterrevolutionären "Drei-Welten-Theorie" Deng Hsiao-pings werden die reaktionären Staaten einerseits und die Völker andererseits in einen Topf geworfen, als ob es zwischen ihnen nicht antagonistische Klassengegensätze gibt.

9 Wer mal nach Ägypten oder Tunesien fährt, kann leicht feststellen, daß zum Teil erschreckender Antisemitismus auch in der Bevölkerung vorhanden ist.

10 Siehe den Politischen Bericht des 4. Kongresses der PFLP, Veröffentlicht vom Zentralen Informationsbüro der PFLP, Damaskus 1986, S.104, englisch.

11 Siehe ebenda, sowie z.B. in "Al Kharamar", wo kritisch eine Erklärung der PFLP abgedruckt ist, in der die imperialistische Sowjetunion, die in Afghanistan eine faschistische Aggression unternommen hat, als "unser wahrer Freund" bezeichnet wird (Al Kharamar Nr.3/86, S.9).

"...DIE WAHRHEIT IST REVOLUTIONÄR.."

die reaktionen auf das von uns veröffentlichte interview mit kk haben uns erfreut, auch wenn neben solidarischer kritik auch einige prozionistische positionen vertreten wurden. denn offensichtlich gibt es jetzt eine diskussion zu palästina, dem heißen eisen der linken. diese diskussion muß weitergehen, aber es wär jetzt endlich mal an der zeit, den schönen worten taten folgen zu lassen – eine breite boykottbewegung gegen "israelische"(1) waren, und den tourismus nach "israel" wäen ein guter anfang. diese boykottbewegung ist bereits international im laufen, am stärksten ist sie in palästina selbst (daher überschwebmen in letzter zeit vor allem jaffa orangen und zitronen die länder, wo es keine breite solibewegung gibt).

vorher wollen wir aber (ein resümee der bisherigen diskussion ziehen) auf die wichtigsten fragen und die schwersten vorwürfe nochmal kurz eingehen:

1. nationale befreiungsbewegungen und ihr nationalismus sind genau das gegenteil von chauvinismus, patriotismus! in den metropolen – nationalismus in den metropolen geht immer einher mit bejahung des imperialismus, rassismus und ist klar reaktionär. nationale bewegungen in der peripherie dienen der durchsetzung des selbstbestimmungsrechts der völker, dienen der befreiung vom imperialismus.

2. nie haben wir was anderes behauptet, als daß die reaktionären arabischen regimes bekämpft werden müssen, daß aber der

hauptfeind in der region der zionismus ist; wenn diese regimes gegen die palästinenser vorgingen, dann stets unter der schirmherrschaft von zion/imperialismus.

3. unsere kritik an der führung der plo, damit haben wir nie hinter dem berg gehalten, aber nicht, weil wir als verwöhnte metropolinke den palästinensern vorschreiben wollen, wie sie ihre revolution führen sollen, sondern indem wir uns auf die immer noch gültige plo-charta(2) beziehen und weil wir wissen, daß die palästinensische revolution sehr viel weiter ist, als die clique um arafat. unser selbstverständnis als internationalisten ist es, in jedem land die fortschrittlichsten bewegungen zu unterstützen, das gilt für palästina, wie für libyen oder sonst wo (darin un-

terscheiden wir uns sehr von der mlpö, die Befreiungsbewegungen prinzipiell ablehnen, die nicht die wahre lehre verkünden).

4. faschismus ist kein monopol einer bestimmten nation, kein relik, das allein den österreichern und deutschen als regierungsform vorbehalten war. faschismus ist nach wie vor aktuell als täglicher export in die peripherie. die diskussion, ob jetzt der deutsch – italienische faschismus brutaler als der französische in algerien, der chiles als der faschismus der zionisten, und ob die bezeichnung der einen diktatur als faschismus eine verharmlosung der noch brutaleren diktatur ist, diese diskussion ist pervers. das gleiche ist zu kzs zu sagen – ein leserbriefschreiber findet, wenn wir zu ansar (1,2,3) kzs sagen, würden wir buchenwald oder mauthausen verharmlosen(3), das zeugt nicht nur von der abgebrühtheit (in zukunft werden sie sagen: wer schon zu isonah lotter sagt, bagatellisiert die elektroshocks), sondern auch von einer ziemlichen unwissenheit darüber, was täglich in der peripherie passiert.

5. der sogenannte antisemitismus ist auch in der arabischen region vorhanden, schreiben sie oder, daß es antijüdische heize auch in osteuropa gegeben hat. damit meinen sie, hätten sie widerlegt, daß antisemitismus ein europäisches phänomen sei – so als entstünde rassismus im luftleeren raum und wäre nicht beliebter exponentielles des imperialismus(4). daß der zionismus selbst "antisemitismus" schürt, um juden zur auswanderung nach "israel" zu zwingen, hat vor allem in der arabischen welt traurige tradition(5).

6. jetzt wissen wir es also – wenn lenin das wort antisemitismus gebraucht, ist es legitimiert bis an aller revolutionen ende... nicht zu vergessen, daß marx im kapital von negern und engels im ursprung der familie von wilden spricht. und wenn stalin von "tschuschun" gesprochen hätte, wäre das für viele wohl auch akzeptabel....

7. um unsere differenzen mit der mlpö halbwegs auf den punkt zu bringen, was auch die sympathisanten einschließt:

unser grundwiderspruch ist nach wie vor der widerspruch zwischen besitzenden und besitzlosen klassen, aber nicht mehr der hauptwiderspruch, das ist für uns der widerspruch zwischen metropole und peripherie, zwischen imperialismus und unterjochten völkern. die mlpö sieht die haupttriebkraft nach altem schema nach wie vor im industrieproletariat der metropole, und den hauptfeind im eigenen land. und für uns ist es natürlich auch so, daß wir da am intensivsten kämpfen, wo wir gerade leben, aber das konnte morgen schon dschibuti sein – in erster linie sind wir internationalist/innen. das mit dem hauptfeind erklärt auch, wieso für die mlpö im vergleich zum rassismus in osterreich die vernichtung der palästinenser zur bagatelle verkommt und wieso sie nationale bewegungen der peripherie mit nationalistischen chauvinismus in den metropolen vergleichen. ihr dogma der klassengesellschaft in jedem land muß an "israel" scheitern, weil "israel" keine klassengesellschaft, sondern eine siedlerstruktur ist, in der jeder siedler ein baustein an der vertreibung der palästinenser ist. verzweifelt sucht die mlpö

ein revolutionäres israelisches proletariat und genauso hartnäckig einen linkszionismus, den es so wenig gibt, wie ein nationalsozialismus sozialistisch war. und diffamieren dagegen die infitada als (wörtlich) "Tageskämpfe".

1947 schlug gromyko als erster der und die teilung palästinas vor. das passierte noch während der amtsperiode ihrer heiligen kuh stalin – das heißt, die ablehnung von "israel" wäre auch verbunden mit der kritik an der politik der damaligen su, die dem zionistischen staat politische und militärische schutzenshilfe leisteten. das fällt der mlpö sicher nicht leicht – bzw ein vertreter von ihnen hat auch mal in der diskussion verbraten, daß das doch gar keine so schlechte lösung sei (die teilung nach dem plan von 47).

plötzlich stehen sie auf ingrid stobl: die buchrezeption zu strobls "sag nie, du gehst den letzten weg" hat uns ein mlpö-vertreter in die hand gedrückt, ist wohl von der brd-schwesterpartei – "gegen die strömung". es stört sie fast überhaupt nicht, daß ingrid stalin hart kritisiert, ein umstand, den sie sonst nie akzeptieren würden und hier mit einer harmlosen kritik drüber wegschauen. so dankbar sind sie, daß in dem buch von linkszionisten die rede ist, die im widerstand gegen den faschismus beteiligt waren.

dazu ist zu sagen, sie schreibt auch von widerstandsgruppen der alliierten, ohne einen kommentar über deren eigene imperialistische interessen zu verlieren. unumstritten waren auch zionisten an den ghettos aufständen beteiligt, wie überhaupt im antifaschistischen widerstand genauso wie christ- und sozialdemokraten, katholen und alliierte im bündnis mit kommunisten gekämpft haben. das problem, daß sich damals dem widerstand stellte, war, mit möglichst vielen kräften den deutschen faschismus zu bekämpfen. angesichts dieses hauptwiderstands waren die differenzen unter den bündnispartnern sekundär – es gibt aber auch beispiele, wo jüdische widerstandskämpfer/innen zionistische judenräte liquidierten, weil diese mit den nazis kollaborierten.

8. die wesensgleichheit von faschismus und zionismus machen wir aber nicht bloß an der zusammenarbeit während der nazifera fest. auch nicht am bündnis mit südafrika oder sonst einer reaktionären diktatur. die wesensgleichheit liegt in der ideologie selbst ("auserwähltes volk, das anderen völkern in der welt überlegen ist" – "ein herrenvolk", wie ben guron das nannte), der rassistischen politik, die aus dieser ideologie abgeleitet ist, den davon abgeleiteten eroberungsansprüchen, und das alles im dienst des internationalen monopolkapitals.

9. wir behaupten, daß erst die pläne zur besiedlung palästinas da waren, in den kopfen der europäischen machthaber und großkapitalisten a la rothschild – dazu griffen sie auf die idee des siedlerkolonialismus zurück...im vergleich zu normalen soldnern sind siedler zuverlässiger, da sie nicht nur gegen sold den besitz der imperialisten, sondern auch ihren "eigenen" eroberten boden verteidigen. und so wie jeder siedlerkolonialismus den dazugehörigen mythos, den ideologisch, religiösen background braucht vergleiche mit südafrika, rhodesien,

dem heutigen zimbabwe...), wurde der zionismus dazugeschnitten. reizt wurde bezahlt. vorher war er als schmerzschreiber des pariser nachtlebens immer für die assimilation der juden eingetreten...nicht die dreifußbare machte ihn zum zionisten, wie behauptet wird, sondern ein besuch von rothschild. im mlpö sympathisantenbrief wird der eindruck erweckt, sozialisten hätten den zionismus erfunden, und der sei dann nur von reichen juden mißbraucht worden – wir empfehlen, die anfangswerke des zionismus zu lesen. von humanismus ist da wenig zu merken, was die linkszionisten betrifft: unter den zionisten gibt es heute noch in den grundzügen des zionismus, eroberung palästinensischen bodens und den glauben auserwähltes volk zu sein, keine differenzen. (steht so da. anm.d.t.)

die zionisten wurden außer von den palästinensern, am heftigsten von jüdischen menschen angegriffen, sowohl von fortschrittlichen, die in ihren ländern den klassenkampf führen und nicht daran dachten, eine eigene nation auf grundlage der religion zu gründen, aber auch von orthodoxen, aus gründen eben der religion.

10. das erwähnte sowjetische antizionistische komitee ist erstens nicht unsere einzige quelle über die zusammenarbeit von nazis und zionisten(6), zweitens sind das keine antisemiten. jüdische generale, die im 2. weltkrieg gegen die nazis gekämpft haben, waren in diesem komitee. auf druck der usa wurde dieses komitee in rahmen von glasnost aufgelöst. die rassistische panjab-bewegung darf weiter agieren...

so, das reicht für heute mit hinwirx – wer unterstützt unsere boykottbewegung? der findet uns jeden montag zwischen 16 und 20 uhr im infoladen, wenn du nichts mit uns machen willst, weil du uns für unsympathisch und antisemiten hältst – boykottiere trotzdem "israel", waren, kibuzzim und strände.

Autonome Palästina Gruppe

Fußnoten

1 jetzt kommt wieder der vorwurf, daß wir die angebliche "realität israel" unter anführungszeichen schreiben, wie springer die ddr – wir geben zu bedenken, daß springer einer der größten förderer der zionisten ist, und er "israel" nie unter anführungszeichen schreiben würde. aber ihr müßt ja schließlich selbst wissen, auf wen ihr euch bezieht

2 besonders die artikel 2, 8, 10, 28, 15 bezogen sich auf den bewaffneten kampf, die nichtanerkennung des zion. staates, die unteilbarkeit palästinas

3 vorletztes tatblatt (TATblatt minus 71, Anm. d. T.)

4 siehe letztes tatblatt (TATblatt minus 70)

5 vgl. uri avnerys bericht in "haolam Haseh", märz, 66 – zionisten legen eine bombe in einem jüdischen tempel in bagdad, um die juden zur emigration nach israel zu bewegen, der anschlag sollte den eindruck erwecken, daß den irak. juden antisemitische pogrome bevorstanden. opfer dieses anschlages gingen in tel aviv vor gericht und forderten schadenersatz von den zionisten. erich fried schrieb darüber in "hora israel: die hand", s. 80

6 im spiegel schreibt uri avnerys, besonders in den ausgaben nr. 48/1986 und

Dokumentation

42/1983 öfters über den versuch der stern-gruppe, mit den nazis zu kollaborieren, ein offiziell bekannter brief, der den alliierten in die hände lief, dient ihm als beweis. avnery verschweigt aber als ehemaliger terrorist der irgun, daß seine gruppe (stern ist eine abspaltung, die noch extremer rechts stand und leute wie shamir beherbergte- wiederum eine abspaltung der stern war lechi, die shamir führte und die das massaker von deir yassin zu verantworten hat.) ebenfalls intensive kontakte mit den deutschen faschisten pflegte, ausbildungsmöglichkeiten in deutschland, etc. selbst die haganah, die während des krieges für die eng-

länder kämpfte, hatte kontakte mit den deutschen faschisten. etwa traf sich 1937 der nazi hagen mit dem zionisten polkes in kairo. polkes lobte die deutsche judenpolitik. die jewish agency war die einzige nicht verbotene jüdische organisation in nazi-deutschland, in der "zentral-stelle der auswanderungsbehörde" organisierten sie die emigration vor allem der reichen juden nach palästina. sie bestimmten, wer auswandern durfte und wer in die kzs ging, und sie wählten sicher nicht nach dem prinzip aus, soviel wie möglich zu retten, wie das die mipö gern glauben möchte. diese zentralstelle war eine bank, wo emigranten ihr

geld hinterlegen mußten und es erst in palästina zurückbekommen sollten.

weitere quellen:

klaus polkehn, the secret contacts zionist-nazi relations 1933-1941, in: journal of palestine studies, vol.5, 1976, nr.3/4, s.74.

die rückkehr des behemoth, h. spehl (deutschland, israel und die palästinenser), freiburg 1978, (sonderdruck des ersten kapitels von: spätfolgen einer kleinbürgerinitiative)

dann gibt es noch ein buch der gups (paläst. studenten), "zusammenarbeit zionisten-nazis" - haben wir auch noch nicht entdeckt, wer kann uns helfen?

... Auszug aus der letzten

Stellungnahme der Autonomen Palästina-Gruppe

*** wortwahl, diktionen, argumente

hart kritisiert vom tb wurden zwei wörter, die wir im letzten artikel verwendet haben, und die nach meinung eines redakteurs aus dem faschistischen sprachgebrauch kommen. 'bonze', das wir darauf in großkapitalist änderten und 'schmierenschreiber'.

das wort 'bonze' kennen wir nicht nur aus bolschewistischen und anarchistischen pamphleten und zeitschriften um 1900, auch in autonomen flugis gibts das zu lesen - etwa im legendären flugi 'die lüge von den 7 fetten und den 7 mageren jahren'. 3)

'schmierenschreiber' kennen wir auch aus anderen zusammenhängen. etwa der volksstimme (was zugegebenermaßen nichts heißen muß) - wir lesen nicht soviel von faschistischen autoren - haben aber auch hier nichts dagegen, das wort durch klatschkolumnist zu ersetzen, wenn es euch zu antiquiert erscheint. 4)

dann wurde uns noch unterstellt, wir würden dieselbe diktion wie irving (läut fat-blatt nennen sich die 'revisionisten', wer hat wohl dieses wort zuerst verwendet) und co. also von faschisten benutzen, wenn wir vom 'mythos kollektivschuld' sprechen.

leute wie adenauer entwarfen diesen begriff 'kollektivschuld', er spukt aber auch in den köpfen der europäischen linken, ganz sicher auch in der tb-redaktion herum - er besagt, daß der holocaust mit zustimmung der bevölkerung passierte und daß deshalb niemand aus den ländern des deutschen faschismus von 34-45 'israel' kritisieren darf, auch nicht deren nachkommen als 'kinder der tater' - wiedergutmachungszahlungen (für die aufstandsbekämpfung gegen die palästinenserInnen) sind nur eine facette davon, zionismus wird mit judentum gleichgesetzt, und materiell, ideologisch unterstützt - aus schlechtem gewissen, daß der

holocaust auf unserem gebiet stattgefunden hat, wird der holocaust in palästina toleriert - das ist die 'pointe' des begriffs 'kollektivschuld', und deshalb müssen wir ihn als mythos entlarven. die lehre aus dem deutschen faschismus muß sein, nie wieder rassistismus zu akzeptieren, nirgends auf der welt. wir glauben nicht, daß irving das auch meint, wenn er diesen begriff kritisiert.

angeblich schreiben die faschos im sieg auch vom 'kampf gegen den us-imperialismus' und gegen die multitis - deswegen unterstell ich der rat auch nicht, sie verwenden faschistische diktion.

das tb hat das gemacht, was faschisten alter coeurs antizionistinnen schon lange vorwerfen - daß sie antisemiten sind, wie strauß und springer das ganz vehement vertreten haben. ***

Wie wir schon in TATblatt minus 68 erklärten, wollen wir die Diskussion um das Karam-Kheila-Interview in der Form, wie sie gelaufen ist, nicht fortsetzen. Wir wollen hier unsere Gründe dafür nicht noch einmal wiederholen. Sowohl MLPÖ als auch Autonome Palästina-Gruppe sehen jedoch noch den dringenden Bedarf zur Richtigstellung falscher Behauptungen. Wir drucken die beiden Stellungnahmen nun wie ausgemacht kommentarlos ab und betrachten dies nun als vorerst endgültigen Abschluß dieser über das TATblatt geführten Auseinandersetzung.

Stellungnahme der MLPÖ zur Debatte über Palästina, Zionismus und Antisemitismus im TATblatt

Wir haben die bisherige Diskussion im TATblatt mit Interesse verfolgt und finden es gut, daß eine solche kontroverse Debatte im TATblatt geführt werden kann. Allerdings hat sich auch immer deutlicher gezeigt, daß das im TATblatt-Kollektiv schon zu Beginn der Debatte vorhandene Bauchweh angesichts der von K.Kheila und der autonomen Palästina-Gruppe Wien vertretenen Standpunkte nur zu berechtigt war.

Deren erschreckende Instinktslosigkeit im Vokabular und in der Auswahl der Beispiele, welche die Abgrenzungslinie zu gewissen "Argumentationen" der Faschisten verschwimmen läßt, wurde in Beiträgen des TATblatts und anderer treffend aufgezeigt und im Grunde noch sehr zurückhaltend kommentiert.

Inzwischen hat die Autonome Palästina-Gruppe Wien ja direkt erklärt, daß für sie die Herrschaft des Imperialismus in den Ländern des arabischen Raums sowieso nicht wirklich relevant sei, daß vielmehr "der Hauptfeind in der Region der Zionismus ist", der damit gar dem Imperialismus übergeordnet wird. Die Klassenfrage wird praktisch ausgeblendet. Einerseits wird bei den nationalen Befreiungsbewegungen "in der Peripherie" die Möglichkeit einer reaktionär-nationalistischen Entwicklung faktisch gelehnt, andererseits werden Besonderheiten des Staates Israel verabsolutiert, und es wird tatsächlich behauptet, daß es "keine Klassengesellschaft" sei. Die politischen Konsequenzen aus diesen Thesen können nur reaktionär und bürgerlich sein.

Die Richtigkeit und Berechtigung einer ganzen Reihe von Kritiken am Interview mit K.Kheila mußte auch von den eifrigen und übereifrigen Verteidigern seiner Standpunkte allerdings stillschweigend zugegeben werden:

- Kheilas These, daß die Interessen der imperialistischen Mächte im arabischen Raum bloß "durch Israel" aufrechterhalten wurden, wurde selbst vom Autonomen Palästina-Komitee fallengelassen.

- Kheilas These, daß der Antisemitismus außerhalb Europas "völlig unbekannt" sei, konnte von niemandem verteidigt werden. Stattdessen wurde unter der Hand das Thema gewechselt und nur noch die Frage des Ursprungs der Judenfeindlichkeit diskutiert.

- Den Argumenten gegen Kheilas These, daß jüdisch stets nur "Ausdruck für eine Religion" sei und keinesfalls auch Elemente der Nationalität enthalten könne (wie im Fußanhang), konnte praktisch nichts entgegen gesetzt werden.

- Schließlich mußte faktisch auch zugegeben werden, daß die pauschale These von der "organischen Interessensidentität von Nazis und Zionisten" nicht zu vereinbaren ist mit

den historischen Tatsachen vom Auftreten wichtiger Interessengegensätze "Unumstritten waren auch Zionisten an den Ghettoaufständen beteiligt" (Autonome Palästina-Gruppe Wien).

**TATblatt
minus 66/65
Seite 36**

Doch statt wirklich selbstkritisch über die eigenen Positionen nachzudenken und in eine sachliche Debatte einzutreten, hat die Autonome Palästina-Gruppe leider geglaubt, sie müsse ihren Rückzug decken, indem sie u.a. nun einen Schwall von weiteren Verneinungen und Klatschgeschichten gegen die MLPÖ in die Welt setzt. Da diese als angebliche "MLPÖ-Standpunkte" nun einmal im TATblatt stehen, müssen wir doch einiges klarstellen. Um es deutlich zu sagen: Es ist kein Zufall, daß keinerlei Kritik an Dokumenten der MLPÖ vorgetragen wird.

Offensichtlich ohne jede Kenntnis unserer Standpunkte unterstellt die Autonome Palästina-Gruppe der MLPÖ zum Beispiel, diese sehe "im Industrieproletariat DER METROPOLE" die Haupttriebkraft der revolutionären Entwicklung in der Welt.

Gerade gegen diese europäisch-chauvinistische, den Befreiungskampf in den abhängigen Ländern herabmindernde Position führen die RF und die MLPÖ aber seit ihrer Entstehung Anfang der Sechzigerjahre einen entschiedenen Kampf.¹

Direkter Etikettenschwindel ist es, wenn die Autonome Palästina-Gruppe ausgerechnet das von Karl Liebknecht im 1. Weltkrieg so glänzend verteidigte revolutionäre Prinzip: "Der Hauptfeind steht im eigenen Land" als "eurochauvinistisch" denunziert und als "altes Schema" abtut. Der Kampf vorrangig gegen die hier herrschende Bourgeoisie ist gerade auch ein Erfordernis des Kampfes gegen den nationalen und europäischen Chauvinismus. Denn daraus folgt, vor allem die Verbrechen, die neokolonialistische Politik der "eigenen", der österreichischen imperialistischen Bourgeoisie anzuprangern und zu bekämpfen, sich vorrangig mit den Völkern zusammenzuschließen, die vom "eigenen" Hauptfeind ausgebeutet und unterdrückt werden.

Der Standpunkt der MLPÖ war und ist immer ein Standpunkt der unbedingten Solidarität mit dem gerechten Kampf des palä-

stinensischen Volkes. Das ist in vielen "Roten Fahnen" nachweisbar.

Im Interesse dieser Solidarität und Unterstützung haben wir allerdings auch einige falsche Standpunkte selbstkritisch korrigiert bzw. ist ein Diskussionsprozeß über einige Fragen noch im Gang. Dazu reißt es in der Vorbemerkung zu zwei Artikeln über Palästina in dem 1989 veröffentlichten RF-Sammelband:

"Die auszugsweise abgedruckte Dokumentation 'Israel - Vorposten des internationalen Monopolkapitals' enthält Elemente der 'Drei-Welten-Theorie', indem zwar einerseits Israel als Bollwerk des Imperialismus charakterisiert wird, andererseits aber zwischen 'arabischen Staaten', 'arabische Länder' und 'arabisches Volk' nicht klar unterschieden wird. Die arabischen Länder und 'Staaten' sind jedoch vom Imperialismus abhängig, dort herrschen Kompradorenbourgeoisien und Großgrundbesitzer, die im unversöhnlichen Gegensatz zu ihrem eigenen Volk stehen und keineswegs Träger nationaler Befreiungsbewegungen sind.

Mehr als problematisch ist auch die Charakterisierung der Araber als ein Hundert-Millionen-Volk², weil damit bestritten wird, daß es sich dabei sehr wohl auch um verschiedene Völker bzw. Nationalitäten dort handelt bzw. handeln kann. So spricht der Artikel in den von Israel okkupierten Gebieten von unterdrückten Arabern statt von Palästinensern, wie es korrekt wäre und in dem zweiten Artikel 'Immer solidarisch mit dem bewaffneten Kampf des palästinensischen Volkes' auch gemacht wird.

Umstritten ist die in der Dokumentation enthaltene These, Israel sei von Anfang an ein Geschöpf reaktionärster imperialistischer Spekulationen und Manipulationen. Dazu stehen noch wichtige Untersuchungen und Diskussionen aus, ebenso wie zur Einschätzung der israelisch-arabischen Kriege seit 1948.³

Im Zuge dieser Analyse werden auch Originaldokumente zu Palästina aus der Geschichte der internationalen revolutionären Bewegung zugänglich gemacht werden.

Sekretariat der MLPÖ, 25. Juni 1990 •

¹ Vgl. z.B. den Artikel "Marxismus contra Marxismus", RF 2(4), 1963, abgedruckt in: "Dokumente des Kampfes gegen den KPÖ-Revisionismus 1963-1971", S.106-110). Ausführlich ist dieser Themenkomplex behandelt in der RF 183 "Kräfte und Verlauf der proletarischen Weltrevolution".

² Siehe "Dokumente des Kampfes um die Bewußtmachung und Revolutionierung der Arbeiterklasse", "Wichtige Artikel aus der 'Roten Fahne' (1963-1975), S.44

Über den Kampf einiger zionistischer Organisationen gegen den Nazifaschismus

Die Parole "Zionismus = Faschismus" besagt auch, daß sämtliche zionistische Organisationen, die es gibt und auch früher gab, faschistische Organisationen sind bzw. waren. Vor allem in Bezug auf einige zionistische Organisationen in Polen und Litauen zur Zeit der Besetzung dieser Länder durch den Nazifaschismus ist diese Behauptung eindeutig falsch. Dies belegt das Buch von Ingrid Strobl "Sag nie du gehst den letzten Weg...", aus dem wir im folgenden einige Auszüge bringen, die den gemeinsamen Kampf kommunistischer Parteien, den sowjetischen Partisanen und zionistischer Organisationen in den jüdischen Ghettos und Wäldern Osteuropas aufzeigen.

In Warschau

Im März 1942 trafen sich die Führer der Linkszionisten (unter ihnen Zivia Lubetkin) und der Kommunistischen Partei, um die Möglichkeiten und Formen eines gemeinsamen Widerstands zu diskutieren. Das Ergebnis dieser Treffen war die Gründung des Antifaschistischen Blocks im Mai, dem die Jugendgruppen Haschomer Hazair und Dror, die Jüdische Arbeiterpartei (Linke und Rechte) Poale Zion und die Kommunistische Partei PPR angehörten.

S. 212

Ende Oktober 1942 hielten die Gruppen, die den Antifaschistischen Block gebildet hatten, eine Konferenz ab, auf der die Gründung der jüdischen Kampforganisation, der ZOB, beschlossen wurde.

S. 217



Eine Gruppe jüdischer und nichtjüd. Partisanen in Osteuropa.

In der Nacht vom 18. auf den 19. April 1943 umstellten die Deutschen das Ghetto mit Maschinengewehren und einer dichten Kette polnischer Polizei. Die Späher der ZOB gaben um 2.15 Uhr Alarm, 15 Minuten später waren die Kampfgruppen auf ihren Plätzen. Um fünf Uhr morgens marschierten die Angreifer ein. Gegen die knapp 2000 Widerständler/innen und eine schlecht bewaffnete Bevölkerung boten sie auf: ein Bataillon der Panzergrenadiere und eine Kavallerieabteilung der Waffen-SS, zwei Artillerieabteilungen und eine Pionierabteilung der Wehrmacht, eine Gruppe der Sicherheitspolizei, polnische Polizei, ein Bataillon der SS-Schule in Trawniki, ukrainische und lettische Hilfstruppen und die Feuerwehr. Gegen ein paar hundert Pistolen, ein paar Gewehre und Maschinengewehre, gegen Handgranaten und Molotow-Cocktails setzten die Vollstrecker der »Endlösung« Panzer, Maschinengewehre, Maschinenpistolen in quasi unbeschränkter Zahl und mit nie versiegender Munition, Feuerwerfer, Gasbomben und später auch noch Bombenflugzeuge ein. An der Spitze der geschulten, trainierten Angriffsarmee stand ein »verdienter« General. An der Spitze der Ghettokämpfer/innen, von denen kaum einer älter als 25 war, stand der 24jährige Mordechai Anielewicz, der, wie seine Gefährtinnen und Gefährten, Waffen bis vor kurzem nur auf Bildern gesehen hatte.

Als die erste Abteilung der Invasoren die Ecke Nalewki-straße/Gesiastraße erreichte, wurde sie mit einem Kugelhagel empfangen. Die Soldaten flüchteten in wilder Panik, die Kämpfer/innen eilten aus dem Haus, um die liegengebliebenen Waffen einzusammeln, und zogen sich sofort wieder zurück. Dasselbe wiederholte sich auf dem Areal der Zamenhof- und Miła-straße. SS-Männer und ukrainische Hilfstruppen prügelten sich um die wenigen Plätze, die ihnen Deckung boten, dann zogen sie sich fluchtartig aus dem Ghetto zurück. Um halb acht Uhr morgens eilte Sammern-Frankennegg zu Stroop ins Bristol-Hotel, um zu melden: »Im Ghetto ist alles verloren. Wir mußten uns zurückziehen, wir können nicht mehr rein, wir haben eine Menge Toter und Verwundeter.«

S. 224/225

In Krakau

Ermutigt durch ihre Erfolge plante die ZOB für Weihnachten eine konzertierte Aktion. Aus Warschau kamen die kampfgeprobten ZOB-Mitglieder Yitzhak Zuckerman und Eve Fulman, um ihre Gefährt/inn/en in Krakau bei der Vorbereitung zu unterstützen. Der endgültige Angriffsplan, von den Verantwortlichen der ZOB und der kommunistischen Gwardia Ludowa gemeinsam ausgearbeitet, wurde am 17. Dezember den Aktivist/inn/en vorgestellt: Am 22. Dezember um sieben Uhr abends sollten die Cafés Cyganerja, Esplanada und Zakopianka, in denen deutsche Offiziere und Beamte ihre Abende verbrachten, mit Handgranaten und selbstgebaute Bomben angegriffen werden. Gleichzeitig sollten andere Kampfeinheiten die Offiziersmesse im Gebäude des National-Museums attackieren und das Scala-Kino, aus dem zu diesem Zeitpunkt die deutschen Soldaten aus der Vorstellung strömen mußten. Im selben Augenblick sollten außerdem mehrere Wehrmachts- und SS-Garagen in Brand gesteckt, die Motorboote der Gendarmenpatrouillen auf der Weichsel demoliert und jeder Deutsche in Uniform erschossen werden, wo immer er sich blicken ließ. Der Plan konnte weitgehend umgesetzt werden, der Schock sowohl für die Besatzer als auch für die antätige Armia Krajowa war enorm. Krakau, Hans Franks

In Krakau gründeten Mitglieder der zionistischen Organisation Akiba zusammen mit den Kommunisten und den linkszionistischen Haschomer Hazair die »Vereinigte Widerstandsbewegung«, eine regelrechte Stadtguerilla, die ihre Aktionen nicht auf das Ghetto beschränkte. Die Krakauer Untergrundorganisation, der zahlreiche Frauen angehörten, unter ihnen Gusta Drenger, deren Tagebuch aus dieser Zeit später veröffentlicht wurde, verübte Anschläge auf Nachschubzüge der Wehrmacht, auf Cafés, in denen deutsche Offiziere verkehrten, auf Speicherhallen, in denen kriegswichtiges Material gelagert war.

S. 183

Hauptstadt«, war kein ruhiges Pflaster mehr für die deutschen Herren. Der Traum des jüdischen Untergrunds, zu beweisen, daß Krakau keine Stadt war, in der Frank sich aufführen konnte, wie er wollte, war in Erfüllung gegangen. Das Erdbeben, das Krakau erschütterte, hatte Auswirkungen bis nach Berlin. Obwohl völlig von der Schlacht um Stalingrad okkupiert, forderte Hitler von Himmler eine Erklärung dafür, wie es möglich sei, daß Juden deutsche Offiziere und Regierungsbeamte in der Hauptstadt des Generalgouvernements angreifen konnten.

S. 264/265

In Wilna

Am 23. Januar 1942 trafen sich alle bestehenden Untergrundgruppen im Ghetto und gründeten die Farejnike Partizaner Organizazije, FPO. Sie vereinte linke und rechte Zionisten, Kommunisten und den »Bund«, eine Koalition, die in anderen Städten nur schwer oder gar nicht zu erreichen war. Zum Kommandeur der FPO wurde der Kommunist Itzhak Witenberg gewählt, da er über die besten Verbindungen zum kommunistischen Untergrund außerhalb des Ghettos – dem einzigen verbündeten des jüdischen Widerstands – verfügte. S. 237

Im April 1942 einigten sich der Kommandant der sowjetischen Partisanen-Bewegung Litauens, Albertas Kunigas (»Alksnis«), und die Führung des jüdischen Widerstands darauf, daß die FPO als autonome, im Ghetto agierende Abteilung der litauischen Partisanenbewegung eingegliedert wurde, den Kontakt zu den Partisanen über deren Politikommissar Margis verbindlich aufrechterhalten und sich ihnen nach einem Aufstand im Ghetto direkt anschließen sollte. S. 239

Am 1. September 1943 umstellten deutsche und estländische Einheiten das Ghetto und verwehrten den Zwangsarbeitern, die außerhalb des Ghettos arbeiteten, den Eintritt. Hinter den Mauern begann die Jagd auf die Bewohner, die deutschen Besatzungsbehörden hatten die Deportation von 3000 Männern und 2000 Frauen in die Arbeitslager Estlands angeordnet. Das FPO-Kommando begriff, daß nun die entscheidende Stunde gekommen war, und gab die Losung »Liza ruft« aus, das Codewort für den Beginn des Aufstands. Das erste Kampfbaillon sammelte sich in der Szpitalnastraße, das zweite Bataillon wurde von den Deutschen umzingelt, bevor es noch an die Waffen gelangen konnte. Die Kämpfer/innen beschlossen nun, alle vorhandenen Kräfte in der Straszunastraße unter dem Kommando von Yekhiel Szejnboim zu konzentrieren. Sie waren nur mit Revolvern und Handgranaten ausgerüstet, das Maschinengewehr, nach dem sie geschickt hatten, kam nicht mehr zu ihnen durch. Am späten Nachmittag kam ein deutscher

Trupp durch die Straszunastraße und forderte die Bewohner/innen mit Lautsprechern auf, ihre Verstecke zu verlassen. Das FPO-Kommando eröffnete das Feuer, die Deutschen schossen mit automatischen Waffen zurück und töteten als ersten Yekhiel Szejnboim. Daraufhin übernahm die 22jährige Roza Korczak von Haschomer Hazair das Kommando und hielt die Stellung, bis die Angreifer das Gebäude sprengten. Roza Korczak konnte lebend entkommen und schloß sich den Partisanen an. Später schrieb sie über die ausweglose Situation der FPO an diesem 1. September: »All unsere Pläne, unsere Erwartungen, unsere Gebete lösten sich in Rauch auf. (...) Es gab keine Hoffnung mehr, daß sich die Schlacht, die eine Handvoll Kämpfer schlagen wollte, in eine Massenerhebung umwandeln ließe. (...) Die Rebellion, sollte sie ausbrechen, würde nichts als eine individuelle Aktion sein, die die Tore für einen Massenausbruch nicht öffnen könnte.« Der Kampf in der Straszunastraße bestätigte diese Einschätzung, und so beschloß die FPO nun endgültig, sich in die Wälder abzusetzen und den Partisanen anzuschließen.

S. 244/245

In Bialystok (Polen)

Ende Februar 1943 beschloß die Versammlung des Exekutivkomitees der zionistischen Jugendbewegung in Bialystok, den bewaffneten Kampf zu organisieren. Ein Teil der Widerständler/innen sollte in den umliegenden Wäldern Partisanengruppen aufbauen, ein Teil den Kampf im Ghetto vorbereiten. Als die Deutschen am 16. August 1943 versuchten, das Ghetto endgültig zu räumen, stießen sie auf erbitterten Widerstand. Die Kämpfer/innen versuchten, den Zaun zu durchbrechen, damit möglichst viele Menschen in die Wälder flüchten konnten. Während die einen sich auf das Gelingen des Massenausbruchs konzentrierten, hielt eine Gruppe von jungen Frauen einen Teil der Angreifer durch ein Feuergefecht in Schach und zwang sie sogar zum zeitweisen Rückzug. S. 183



Eine Partisanengruppe von General Kowpaks Bataillon im Wald. Rechts steht man Gad Rosenblatt (Griech), der später einer der Führer einer jüdischen Einheit wurde, die sich in den erbitterten Kämpfen gegen den Feind auszeichnete.

Die vorbildliche Haltung der KP Polens - energischer Kampf gegen den Antisemitismus und maximale Unterstützung der jüdischen Bevölkerung in ihrem Kampf gegen die Nazifaschisten

Die PPR (Kommunistische Partei Polens) unterstützte die jüdische Bevölkerung mit all ihren Kräften: mit Aufrufen gegen den Antisemitismus in ihren illegalen kommunistischen Zeitungen, mit Waffen, von denen sie selbst nur sehr wenig hatten etc.:

Die militärische Einheit der PPR, die Gwardia Ludowa (Volksgarde), die sich 1944 in Armia Ludowa (Volksarmee) umbenannte, wurde zum Hauptverbündeten der jüdischen Ghetto-Kämpfer/innen und Partisanen.

Der offizielle polnische Untergrund hatte die Abwarte-Taktik seines Allgemeinen Aufstandsplans unter anderem damit begründet, bewaffnete Aktionen würden nur Repressalien der Deutschen gegen die Bevölkerung herausfordern. Die »Trybuna Chlopska«, eines der kommunistischen Untergrundblätter, nahm zu diesem Argument Stellung: »Wenn dem so ist, wie kommt es dann, daß in Warschau, wo es bislang keinerlei Partisanen-Aktionen gab, jeden Tag Hunderte von Menschen auf offener Straße verhaftet und dann ganz einfach von der Gestapo ermordet werden? Sind Auschwitz, Treblinka, die Ermordung der beinahe gesamten jüdischen Bevölkerung oder die Verschleppung von Polen, die als Sklavenarbeiter nach Deutschland geschickt und dort täglich mißhandelt werden, sind das die Folgen von Partisanen-Aktivitäten? Ganz sicher nicht!«

Die Untergrund-Publikationen der Kommunisten wandten sich auch ausdrücklich gegen die antisemitische Haltung vieler Teile der polnischen Bevölkerung. Im Oktober erklärte die zweite Ausgabe des »Przelom«:

»Die Jahrhunderte alte Arbeit der reaktionären und sozialfeindlichen Kräfte wirkt sich nun so aus, daß ein Teil der polnischen Gesellschaft den Mord an der jüdischen Bevölkerung als etwas ansieht, daß ihn nicht betrifft. Mehr noch: Es gab Fälle aktiver Kollaboration mit den Mördern und Bemerkungen, daß nun zumindest ein Fremdkörper aus dem polnischen Organismus entfernt wurde. Es kann keinen Zweifel daran geben, daß es (unsere) einheimische Reaktion geschafft hat, die polnische Gesellschaft gegen viele Nazi-Verbrechen zu immunisieren. Aber der Tag ist gekommen, an dem laut und deutlich gesagt werden muß, daß die Ermordung der jüdischen Bevölkerung die Vernichtung eines Teils des polnischen Volkes bedeutet und seine Schwächung nicht nur in quantitativer Hinsicht.«

Einen eindeutigen Aufruf zur Unterstützung der jüdischen Bevölkerung veröffentlichte wenige Monate später, im Februar 1943, das Krakauer Regionalkomitee der PPR. Nachdem all die entschieden verurteilt wurden, die »wie die Hyänen aus dem Unglück anderer Menschen ihre Beute schlagen, indem sie die Juden ihrer letzten Habe berauben und diejenigen, denen es gelungen ist, den Folterknechten zu entkommen, erpressen«, führt die Erklärung der Krakauer Kommunisten fort:

»An zahlreichen Orten haben sich die Juden bereits zu einem verzweifelten Aufstand gegen die Deutschen erhoben. Sie sind daher Freiheitskämpfer. Die Anzahl der jüdischen Flüchtlinge und Partisanen wird noch anwachsen. Unsere Pflicht ist es, ihnen zu helfen. Wir müssen daran denken, daß sie, wenn sie von unserer Seite auf moralische Unterstützung statt auf Gleichgültigkeit und Ablehnung treffen, eher den Mut finden können, zu fliehen und die Besatzer zu bekämpfen. Wir müssen daher eine Atmosphäre der Freundschaft, des Mitleids und der Hilfe schaffen. (...) Geht den flüchtigen Juden Unterkunft, wenn sie euch um Hilfe bitten! Helft wenn möglich den Juden, den Händen der Faschisten zu entkommen, und warnt sie vor drohenden Gefahren. Rettet die jüdischen Kinder, die in den Wäldern und auf dem Land herumirren, vor dem Hungertod. Brandmarkt all die Polen als Verräter und Hitler-Kumpane – mit denen sich unsere Nation in der Zukunft noch befassen wird – die mit den Mördern kollaborieren, die, die ihnen helfen, Juden zu fangen, die, die Juden berauben oder an die Deutschen ausliefern! (...) Erinnern wir uns daran und sprechen wir es laut aus:

Ein Antisemit ist ein Verbündeter Hitlers, und ein Jude ist unser Verbündeter im Kampf gegen Hitler!«

Doch die Polnische Kommunistische Partei PPR und ihre militärische Organisation Gwardia Ludowa waren keine Massenbewegungen, sie hatten selbst kaum Waffen, waren lange Zeit von regelmäßigen Verbindungen zur Sowjetunion abgeschnitten und hatten permanent vor Verhaftung und Ermordung auf der Hut zu sein. Viele der Kommunisten waren als Kommunisten und Juden doppelt gefährdet. Es waren zwei schwache Verbündete, die sich da zusammenschlossen. Doch was ihnen an Waffen, Logistik und Rückhalt in der Bevölkerung fehlte, glichen sie durch ihre Entschlossenheit und ihren Mut wieder aus.

S. 188-190

Sog nit kejnmol...

Ghetto- und Partisanen-Lieder

Das berühmteste Lied des jüdischen Widerstandes während des 2. Weltkrieges ist die Partisanenhymne "Sog nit kejnmol ...". Es wurde von Hirsch Glik gedichtet und von allen jüdischen Partisanen-Einheiten gesungen. Hirsch Glik wurde 1920 geboren und organisierte schon als Jugendlicher eine jiddische Dichtergruppe, die sich nach der von ihr herausgegebenen Zeitschrift "Jungwald" nannte. Bereits als 19-jähriger Dichter wurde er 1939 Mitglied der berühmten literarischen Gruppe "Jung Wilne". Während der deutschen Besatzung war er Häftling in mehreren KZs, wo er grössere poetische Werke schuf, wie "Eine Nacht im Lager". 1943 wurden die Häftlinge ins Ghetto Wilna deportiert. Dort schrieb er das berühmte Lied, das vom Kommando der Partisanenorganisation FPO zur Partisanenhymne erklärt wurde. Kurz vor Ausbruch der Partisanen aus dem Ghetto in die Wälder wurde er nach einem KZ in Estland verschickt, von wo ihm die Flucht zu einer jüdischen Partisaneneinheit gelang. 1944 fiel er mit seinen Kampfgenossen mit der Waffe in der Hand. Die Melodie schuf der sowjetische Komponist Dmitrij J. Pokras.



KämpferInnen der jüdischen Partisanen-Einheit, die im Ghetto Wilna gebildet wurde.

sog nit kejnmol as du gehst dem letztn weg,
chotsch himlen bleiene varstelln bloje teg;
kumen wet noch unser ojsgebenkte scho,
s'wet a pojck ton unser trot - mir senen do!

vun grinem palmen-land bis weitr land vun schnee,
mir kumen on mit unser pein, mit unser weh,
un wu gefalln s'is a spritz vun unser blut,
sprotzn wet dort unser gwure unser mut.

s'wet die morgn-sun bagildn uns dem beint,
un der nechtn wet verschwindn mitn feind,
nor ojb farsamen wet die sun un der kajor -
wie a parol sol gejn dos lied vun dor zu dor.

dos lied geschrubn is mit blut un nit mit blei,
s'is nit kejn liedl vun a voigl ojf der frei,
dos hot a volk zwischn fallndike went
dos lied gesungen mit naganes in di hent.

to sog nit kejnmol as du gehst dem letztn weg,
chotsch himlen bleiene varstelln bloje teg,
kumen wet noch unser ojsgebenkte scho -
s'wet a pojck ton unser trot - mir senen do!

*Sage nie, du gehst den allerletzten Weg,
wenn Gewitter auch das Blau vom Himmel fegt.
Die ersehnte Stunde kommt, sie ist schon nah,
dröhnen werden unsere Schritte: Wir sind da!*

*Vom grünen Palmenland bis weit zum Land voll Schnee
kommen wir mit unser Pein, mit unserm Weh.
Und wohin ein Tropfen fiel von unserm Blut,
spriessen für uns neue Kräfte, neuer Mut.*

*Der Tag wird golden, wenn erst Morgen Sonne scheint,
und die schwarze Nacht verschwindet mit dem Feind.
Und zögert auch die Sonne noch am Horizont,
ist unser Lied dafür Gewissheit, dass sie kommt.*

*Das Lied, wir schrieben es mit Blut und nicht mit Blei,
das ist kein Lied von einem Vogel froh und frei.
Es hat ein Volk gestanden zwischen Rauch und Brand,
das Lied gesungen mit den Waffen in der Hand.*

*Drum sage nie, du gehst den allerletzten Weg,
wenn Gewitter auch das Blau vom Himmel fegt.
Die ersehnte Stunde kommt, sie ist schon nah,
dröhnen werden unsere Schritte: Wir sind da!*

★

RADIKAL BRECHEN

Nr. 1

Zeitung für die antilmperialistische und autonome Bewegung

★ Es ist schon längst an der Zeit über die Ziele der Revolution zu debattieren! ★

"Zusammen kämpfen" ohne politische-ideologische Auseinandersetzung eine sichere Methode an den eigenen Fehlern zu Grunde zu gehen!

Keinck des GRAPD am Konzept der RAF

Solidarität mit den gegen den Imperialismus kämpfenden Gefangenen

Er 7 Jahre bei Antimps und Autonomen sind genug!

★

RADIKAL BRECHEN

Nr. 2

Zeitung für die antilmperialistische und autonome Bewegung

★ Ein blaues Reichchen "Westdeutschland" ist eine Kolonie der USA

WAZER (UNPOLISCHER DUNKELHEIT)

Die faule These die Befreiung der Völker kann nur von Europa ausgehen.

Über einige schreckliche "Antilmperialisten" & la Gheddafi und Castro

★ Prozedurklärung von Ingrid Strobl

★

RADIKAL BRECHEN

Nr. 3

Zeitung für die antilmperialistische und autonome Bewegung

★ Wer kann die Bourgeoisie stürzen?

Das Konzept Stadtguerilla gibt darauf keine richtige Antwort!

Der Oktoberaufstand in Petrograd

Rechts ist die revolutionäre Klasse?

Diskussion mit Genoss/innen aus Österreich

★

RADIKAL BRECHEN

Nr. 4

Zeitung für die antilmperialistische und autonome Bewegung

★ Das Konzept Stadtguerilla ★

Warum das Stadtguerilla-Konzept nicht zur Zerschlagung des Staatsapparats der Bourgeoisie führt!

- Ibrahim Kaypakkaya zu Bankrott und Entführung

- Nach dem Hungerstreik - wie weiter?

- Revolutionäre Einheit oder Einheit in der "antilmperialistischen Front" - was brauchen wir, um die Bourgeoisie zu stürzen?

- "Heute wird morgen nicht" - Angst und Unterdrückung gegen die Bourgeoisie im revolutionären Staat sind völlig gerechtfertigt

Eine richtige Kritik an AS 1 und 2

Demonstration eines Briefs an eine antilmperialistische Gefangene

★

RADIKAL BRECHEN

Nr. 5

Zeitung für die antilmperialistische und autonome Bewegung

DER AUFBAU EINER REVOLUTIONÄREN KOMMUNISTISCHEN PARTEI IST ZUM SCHEITERN VERURTEILT, WENN DER KAMPF GEGEN DEN OPPORTUNISMUS AUSGEKLAMMERT WIRD!

- Kritik am Papier "Ich sag' wie's ist"

★

★ GEGEN DEN LEGALISMUS BEI ANTIIMPS UND AUTONOMEN - Die KP muß von Anfang an auf illegaler Basis aufgebaut werden!

★ WARUM IST EIN KAMPF INNERHALB DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI NOTWENDIG?

★

RADIKAL BRECHEN

Nr. 6

Zeitung für die antilmperialistische und autonome Bewegung

Die neuesten Entwicklungen in Osteuropa - KEIN BANKROTT DES KOMMUNISMUS SONDERN BANKROTT DES REVISIONISMUS !!

★

Aus der "Programmatischen Erklärung der revolutionären sowjetischen Kommunisten (Bolschewiki) von 1967 über Stalin, den "Personenkult" und die Säuberungen der 30er Jahre

★

Wir haben RADIKAL BRECHEN unter anderem an folgende Adressen geschickt:

- + Strandcafe, Adlerstr. 12, 7800 Freiburg
- + Gruppe 2, Sommerstr. 24, 8000 München 90
- + Der Andere Buchladen, Marienstr. 15, 7500 Karlsruhe
- + Buchladen Roter Stern, Am Grün 28, 3550 Marburg
- + Der andere Buchladen, Zülpicher Str. 197, 5000 Köln 41
- + Infoladen Duisburg
- + Informationsdienst e.V., Postfach 900 343, 6000 Frankfurt/M.
- + Archiv im KOMM, c/o KOMM, Königsstr. 93, 8500 Nürnberg
- + Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildestr. 5,
1000 Westberlin 62
- + Internartional Bookshop, Jodenbreestraat 24, NL-1011 NK Amsterdam
- + ID-Archiv im IISG, Cruquiusweg 31, NL-1019 AT Amsterdam
- + Zentraler Literaturdienst, Postfach 582, Ö- 1150 Wien

Wir erklären ausdrücklich, daß keine dieser Adressen Vertreiber, Herateller sind, oder sonst etwas mit uns zu tun haben.

→ Alle Kritik, Post, Bestellungen + Beiträge mit zwei Umschlägen
über die Postkontaktadresse an uns: Innerer Umschlag: R.B.
Außerer Umschlag: 'Buchladen GEORGI DIMITROFF, Koblenzer Str. 4,
----- 6000 Frankfurt/Main.'
